RUNDSCHREIBEN 49 des KB WIEN

Inhalt: o Beschluß der Leitung zur Lage in Graz
o Bericht zur Lage in Graz. H.W.
o Beschluß der Leitung zum Volkszählungsgesetz bes.Art
o Bericht an die Leitung.....A.R.
o Bericht an die Leitung.....A.R.
o Zur Frage des Kampfes um den Reallohn K.P.

RS 49 Anhang erschienen am 13.1.1976.

---

o 2.ordentliche Delegiertenkonferenz: Die 2.o.DK wird am 27./28.III.1976 stattfinden, der Rechenschaftsbericht der Leitung wird ab 14.II.1976 in der Organisation verbreitet.

o Großreinigungstag: Sa.24.1.76 wird ab 13 h von allen KBGenossen das Lokal gereinigt.

ooo Zu einigen Aufgaben im Kampf um die nationale Einheit

Auf der Konferenz der KBs und der KG Klagenfurt vom 6.-8.12.75 (RS 45) wurde u.a. folgendes festgehalten: (S 1.Pkt.4)

"Als Gesichtspunkte für die Umkrempelung der einzelnen Organisationen..... und die Betreuung zu organisieren."

Diese Gesichtspunkte gelten ohne Einschränkung auf für unsere Organisation und es ist wichtig, die Arbeit entlag dieser Festlegungen zu überprüfen.
Momentan ist es schwierig, sich einen Überblick darüber zu verschaffen, unter welcher Gesamtorientierung die einzelnen Kollektive Politik machen, wie sie ihre Aufgabe durch ideologische Arbeit, politische Schritte der Arbeiterklasse und des Volkes vorzubereiten, diese Schritte richtig zu beeinflussen und zu organisieren und ausder Vorbereitung und der Bewegung heraus die bewußtesten Elemente für den Kommunismus zu gewinnen, bewältigen.

Nach wie vor stehen wir vor der Aufgabe uns auf den AUFBAU VON BETRIEBSZELLEN zu KONZENTRIEREN, d.h. unsere gesamte Arbeit so auszurichten, daß es gelingt mehr als bisher in den Betrieben Fusß zu fassen.
Wieweit jeder Schritt dieser Aufgabe dient, wieweit er überhaup mit dieser Orientierung getan wird, wieweit Agitation, Propagieren und Organisieren in ihrem ZUSAMMENHANG betrieben werden, muß das Kriterium für die Beurteilung des Herangehens der Kollektive an die Politik sein.

Warum ist es schwierig, sich daüber einen Überblick zu verschaffen?

Einerseits liegt es daran, daß sich die Berichte in einer gewissen schematischen Weise an den "Richtlinjen zum Berichtswesen" (RS 27) orientieren und die Gedanken die in der Einleitung dazu festgehalten wurden, relativ wenig Beachtung finden.
Andererseits liegt es daran, daß die Mängel im Aufbau des Berichtswesens noch nicht behoben sind, umnd wir keinesfalls davon

reden können, ein monatliches Berichtswesen entwickelt zu haben.

Der 2.Grund, meine ich ist einleuchtend, zum ersten möchte ich einige Beispiele bringen:

Im Bericht des Horny-Kollektivs heißt es unter Punkt 3."Einfluß im Betrieb"y : (S9)
"In der letzten Zeit, v.a. seit unserem Auftreten zur BR-Wahl lassen sich wichtige Fortschritte erkennen: Es ist unserer Einschätzung nach gelungen, daß die Kollegen die BR-Politik jetzt mit anderen Augen sehen - bis jetzt war der BR einer, zu dem man geht, wenn man sld einzelner Probleme hat und der sonst nichts tut. Jezt wird viel eher gesehen, daß der BR eine bestimmte Politik macht und was sie bedeutet. In dieser Frage hat es anhand unserer Flugblätter verstärkt Diskussionen v.a.a am Beispiel des Akkords gegeben.
Wir glauben, daß viele Kollegen, die in mehreren Punkten mit uns übereinstimmen, deshalb noch nicht im Betrieb auftreten, weil sie nicht mit uns in Verbindung gebracht werden wollen. Wenn sie auftreten, hören sie z.B.: "gut auswendig-gelernt". Ein anderes Beispiel:
Als der Leserbrief über die Lehrlingsausbildung von G. erschien, sind einige Lehrlinge von ihm abgerückt, nur weil er im Klassenkampf stand. Daraufhin hat G. im Kollektiv gesagt, er wolle nicht mehr zu den JVR-Wahlen kandidieren, und auch nicht am Programm mitschreiben, da jeder weiß, daß er mit uns sympathisiert. Er glaubt, daß dies die Bedingungen erschweren und daß sie dann noch weniger Stimmen bekommen würden.
Es gibt aber bereits Anzeichen, daß die Kollegen, die mit unseren Ansichten in mehreren Fragen übereinstimmen, aus der Defensive herauskommen: Es kommt vor, daß Kollgen andere zum Flugblattnehmen ermuntern und es zeigt sich, daß die Diskussionen vorranschreiten: "Mit denen vom Land kann man nichts anfangen, was die für Ansichten haben".
Die Maßstäbe, die hier an das Wachsen unseres Einflusses im Betrieb angelegt werden, sind negative, sind, wieweit Kollegen aus einer "defensiven" Haltung "herauskommen".

Ich meine, daß das kein richtiges Barteilungskriterium ist. Man kann doch die Sache des JVR auch mit anderen Augen sehen. Ist es "defensiv" wenn sich ein Jugendlicher entschließt, für den"Klassenkampf"etwas zu schreiben, ist es "defensiv", wenn ein Sympathisant von uns nicht gleich sich als vollwertiger Volkstribun fühlt? Ich glaube nicht; ebensowenig ist es nicht "defensiv" wenn unsere Sympathisanten zunächst einmal eine abwartende Haltung einnehmen, versuchen mit sich selbst klar zu kommen, bevor sie sich wie wild in Agitation verrennen, die für sie ungewohnt ist.

Weil aber hier ein falsches Beurteilungskriterium angewendet wird, ist es dann den Genossen auch nicht mehr möglich positiv einzuschätzen und darzustellen, in welchen Fragen mit welcher Perspektive und mit welchen Unklarheiten Kollegen "mit uns übereinstimmen", nicht mehr möglich zu sehen von welchem Ausgangspunkt wir zu welchem realen neuen Punkt weitergekommen sind; das alles fällt durch die Maschen des ganz groben "defensiv-offensiv"-Siebes.

Ein anderes Beispiel ist der Bericht von Kapsch, und zwar der Punkt 3. "Einfluß und Verankerung".

"Wir haben einiges an Einfluss und vieles von unserer Verankerung eingebüßt. Von den einstmals 3 Mitgliedern, einem Kandidaten und einem fixen Sympathisanten im Betrieb sind nur mehr I.M. und A.R. (der nichts mit dem Betrieb zu tun hat, weil er auf Montage arbeitet) übrig beblieben. R.B. und P.Ch. wurden hinausgeworfen. H.P. hat selbst gekündigt. Das war eine wichtige Ursache für den Niedergang unserer betrieblichen Politik, was unseren Einfluß ebenfalls schwächte.
Dennoch ist es nicht so, daß wir "draußen" wären, denn die Zahl der genommenen Flugblätter hat nicht nachgelassen, das Interesse an unserer Meinung ist nach wie vor vorhanden. Daß der Zeitungsverkauf so schlecht rennt hängt zwar mit dem Niedergang des Kollektivs zusammen; die Ursachen sind aber auch in der schlechten Vorbereitung und in der Zeitung selbst (fad) zu suchen.
Das Hauptkettenglied zum Aufbau einer Betriebszelle ist jetzt die Arbeit vor dem Betrieb; außerdem muß I.M. ihre Arbeit im Betrieb stark verbessern. Der Klassenkampf-Verkauf muß besser vorbereitet werden. Es sind bereits die ersten Versuche da, Kontakte zu knüpfen. Diese müssen genau verfolgt und zeilstrebig vorangetrieben werden, um einen fixen Sympathisantenstock zu schaffen. Dieses Ziel müßte nächstes Jahr erreicht werden."

Die Genossen hatten große Schwierigkeiten und wollen sie lösen, wollen sich auf den Aufbau einer Betriebszelle orientieren; das ist sehr gut; schlecht ist, daß sie an diesen Aufbau unter dem Hauptgesichtspunkt "außen" und "innen" herangehen. Richtig wäre hier zu überlegen, wie die Einheit von Agit-Prop und Organisieren hergestellt werden kann, auf welche Erfahrungen sie sich dabei stützen können und wie das Kollektiv am besten den noch verbliebenen festen Stützpunkt im Betrieb für die Entfaltung ihrer gesamten Politik (was das Organisieren einschließt) auf Grund der gegebenen Bedingungen ausnützen kann.

Als 3.Beispiel noch der Bericht von Elin. Die Genossen schreiben:

"Freilich machte sich in unseren Köpfen auch die Auffassung breit, daß wir die Kollegen mit Flugblättern versorgen, während sie gleichsam von selbst eine Zelle im Betrieb aufbauen.
Als Ergebniss dieser seltsamen Arbeitsteilung erwarteten wir wohl, daß eines schönen Tages ein paar klassenbewußte Burschen bei uns anklopfen:"Guten Tag! Wir haben uns entschlossen, dem KB beizutreten, weil wir eine Zelle aufbauen wollen."
Überwinden können wir diesen Fehler nur, wenn wir unsere Politik beim Betrieb entwickeln (...). Seit einiger Zeit kommen wir dabei auch voran."
Richtig ist, daß die Entwicklung der Arbeit, die Vertiefung unseres Verständnisses im Politikmachen der Haupthebel zur Überwindung der genannten Fehler ist, doch wir dürfen nicht auf halbem Weg stehenbleiben. Ich weiß noch aus der Zeit, da ich für den KV I verantwortlich war, daß das Elin-Kollektiv gewisse Erfahrungen auch in Richtung auf die Organisierung von Kollegen hat und durchaus in der Lage wäre, gestützt auf diese Erfahrungen genauer zu untersuchen, wie und in welchen Fragen sie "weitergekommen" sind und gestützt auf diese Erfahrungen auch weitergehende Festlegungen zu treffen.

Welche Schlüsse können wir aus den genannten Beispielen ziehen?

Um unsere Aufgabe, Betriebszellen aufzubauen, bewälitgen zu können, müssen wir uns ein richtiges Verständnis über den Zusammenhang von Agitieren, Propagieren und Organisieren verschaffen und 2. dürfen wir nicht die Beurteilung der Entwicklung unseres Einflusses in der Arbeiterklasse losgelöst von den politischen Fragen, die wir aufgeworfen haben, vornehmen, sondern im Gegenteil daran überprüfen, wieweit die Darstellung der Realität, die wir den Kollegen geben und die Perspektive, (gleichgültig welcher Ebene) die wir den Kollegen zur Lösung der verschiedenen Widersprüche zeigen, auf Verständnis und Anerkennung gestoßen sind, ihr Denken und Handeln begonnen hat zu verändern.

Ausgangspunkt meiner Überlegungen zum derzeitigen Stand des Berichtswesens waren die Festlegungen der Konferenz vom 6.-8.
Ich möchte hier kurz zu ihnen zurückkehren.
Die nationale Organisation mit ihren Ortsgruppen und der zentralen Leitung hat eine einzige Möglichkeit planmäßig in der Entfaltung ihrer gesamten Politik weiterzukommen - und das ist der demokratische Zentralismus. Ein Hauptinstrument innerhalb dieser organisatorischen Struktur ist das Berichtswesen zwischen Zentraler Leitung und den Grundeinheiten. Es ist einerseits das Hauptmittel mit dem die Verbindung der Leitung mit den Massen hergestellt wird, andererseits die Anleitung der Organisation auf der Grundlage von Beschlüssen vor sich geht.
Ohne ein solches Berichtswesen ist das Arbeiten einer nationalen Organisation nicht denkbar.
Die Verbesserung des Berichtswesens, in dem sich die politische und ideologische Entwicklung unserer Organisation widerspiegeln muß, ist eine der Kampfaufgaben die in Richtung nat.Organisation vor uns stehen.

Als Vereinfachung im Erkennen der "Kampfbedingungen" würde ich bezeichnen:
wenn es z.B. in einem Bericht unter dem Titel Arbeitsplan heißt:
"Nach Abschluß der Lohnverhandlungen Aufnahme der Agitation für eine innerbetriebliche Lohnerhöhung. Objektive Kampfbedingungen günstig (insgesamt ausgezeichneter Auftragsstand, Vorhandensein eines Profitpolsters), subjektive Kampfbedingungen ungünstig (Angst, Glauben bei einer Reihe von Kollegen, daß man stillhalten müsse, damit wir unsere Produkte verkaufen können)."

Was ist an dieser Gegenüberstellung falsch?
Es wird jeweils immer nur eine Seite der Bedingungen gesehen, es wird nicht gesehen, daß es sowohl auf der objektiven Seite ungünstige als auch günstige Bedingungen gibt, wie es auf der subjektiven Seite neben den ungünstigen auch günstige Bedingungen gibt.
Zu dem "insgesamt ausgezeichneten Auftragsstand, Vorhandensein eines Profitpolsters", kommt sicherlich auf der Seite der Unternehmesleitung der durch die äußeren Bedingungen (verschärfte Konkurrenz etc.) verstärkte Zwang hinzu, die vorliegenden Aufträge mit minimalen Kosten abzuwickeln; d.h. aber keine Zugeständnisse auf der Lohnseite; verstärkte Rationalisierung etc. - was alle Äußerungen von Unternehmerseite her charakterisiert.

Auf der anderen Seite ist es doch so, daß auch in der Arbeiterklasse die Faktoren heranreifen, die günstig sind, der Unmut über die allgemeine Verschlechterung der Lebenslage, das schwindende Vertrauen in den Staat und seine Parteien nicht ohne Wirkung auf die Entschlossenheit der Kollegen bleibt, das Erwachen der spontanen Bewegungen in den Betrieben (vgl.RS 47)G.St.) die Bewegungen im Zusammenhang mit den KV-Verhandlungen auch auf das Bewußtsein der Kollegen anderer Betriebe,in denen es keine solche offene Bewegung gegeben hat, wirkt.

Die hier angedeuteten Gedanken sind nicht zu verwechseln mit einer "Analyse" der Kampfbedingungen, sie sollen nur illustrieren, daß wir die Kräfteverhältnisse in einem einzelnen Betrieb nicht nur von einigen "Betriebsindikatoren" her bestimmen dürfen, sondern daß wir uns immer vor Augen halten müssen, daß alle äußeren Widersprüche vermittels der inneren wirken, daß die allgemeine Entwicklung nicht spurlos an der besonderen vorübergeht.
Sehen wir nur die "Angst" der Kollegen, sehen wir in der Krise die Arbeiterklasse nur als verstärkt ausgebeutete und getretene Klasse und nicht als die einzig revolutionäre Klasse, die gerade durch das immer deutlichere Zutagetreten aller Widersprüche des Kapitalismus in der Krise immer mehr reale und anschauliche Möglichkeiten vorfindet, die Richtigkeit des revolutionären Auswegs aus dem Ausbeutersystem zu erkennen, dann können wir sehr leicht in einen unzulässigen Pessimissmus verfallen und von der richtigen Erfüllung unserer aufgaben abgetrieben werden.
Ich rate allen Kollektiven dringendst nochmals die Diskussion von Schrack/Wertheim und G.St. in den letzten RS zu studieren und zu diskutieren und ihre Einschätzung der Kräfteverhältnisse in den einzelnen Betrieben zu den einzelnen Fragen in ihrem Zusammenhang zu überprüfen.

Die Gedanken, die ich hier zu unserer Betriebsarbeit geäußert habe müssen natürlich auch Leitlinie für unsere Arbeit in den anderen Klassen und Schichten des Volkes sein, müssen auf die Arbeit dort anwendung finden, besonders was den Kampf gegen SChematismus und Vereinfachung in den eigenen Reihen anbelangt.

Wichtig ist das auch für die Genossen aus der VUV, weil in dieser Organisation zwar viel die Rede ist von "umfassender Untersuchungstätigkeit", von "umfassender Eltlarvung" des Charakters des bürgerlichen Staates usw., aber dabei in gewisser Weise übersehen wird, daß das nur mit einer Liebe fürs politische Detail zu bewerkstelligen ist.
Dieses politische Detail ist nicht identisch mit dem empirischen, ist nicht identisch mit der differenzierten Bestandsaufnahme dieser oder jener Daten und Fakten, sondern ist zumindest einmal zu unterscheiden zwischen der Politik einer Regierung und zwischen der Politik einzelner Parteien und Verbände in dieser oder jener Frage; zu unterscheiden, welche allgemeinen Kapitalisteninteressen sich mit diesen oder jenen Sonderinteressen von Teilen der Bourgeoisie überlagern; zu untersuchen, in welcher Weise die Widersprüche zwischen Volk und Staat von den verschiedenen bürgerlichen Kräften differenziert aufbereitet werden und wie die Bourgeoisie differenziert auf der Grundlage bestehender Widersprüche im Volk ins Volk hineinspaltet. Diese Liebe zum Detail macht auch eine umfassende

ideologische Arbeit möglich, eine Arbeit, die in der Lage ist aus jeder einzelnen Spielart bürgerlicher Politik ihr Wesen zu beleuchten und zu begründen.
Nicht die Ettikettierung bestimmter Maßnahmen der Bourgeoisie oder bestimmter empirisch ermittelter Verhältnisse als "kapitalistisch" bringt uns weiter, sondern nur die Enthüllung des Wesens der Bourgeoisie aus der Vielfalt der Erscheinungsformen ihrer Politik.

Es ist nicht so, daß sich schön geordnet einerseits die Bourgeoisie, andererseits die Arbeiterklasse gegenüberstehen und in diesen beiden Begriffen schon alles eingefangen ist.
Die Bourgeoisie ist lange schon am Ruder, viel zu lange, und hat die Zeit genützt in viefältigster Form und mit vielfältigsten Mitteln die Volksamassen an sich zu binden.
Das offensichtlichste Mittel ist ihr Staat, dann hat sie noch ihre Parteien, ihre Verbände und Korporationen und mit allen zusammen macht sie Politik.

Die Widersprüche im Volk sind die Grundlage die es der Bourgoisie mit ihren verschiedenen Parteien ermöglicht in die Arbeiterklasse und das Volk hineinzuspalten, den Blick der Volksmassen von der wahren Natur der bürgerlichen Demokratie abzulenken, den Verlauf der wirklichen Frontlinien zu vernebeln, Teile des Volkes gegeneinander auszuspielen und aufzurütteln.
Eine wichtige Bedingung für die Erfüllung unserer Aufgabe, die Einheit der Volksmassen unter der Fürhung des Proletariats gegen den bürgerlichen Staat herzustellen, ist, in der Arbeiterklasse und im Volk ein Verständnis dafür zu erreichen, daß die kapitalistischen Verhältnisse die Grundlage für diese Widersprüche im Volk sind, daß sie auf diesem Boden immer von neuem erwachsen, daß die verscheidenen bürgerlichen Parteien auf der Grundlage dieser Verhältnisse ihr politisches leben fristen und die Massen beeinflussen können, daß sie aber ihrem Wesen nach gleich sind, Verfechter der kapitalistischen Produktionsweise- und Rechtsverhältnisse, keine "besser" ist als die andere, sondern allesamt den Interessen der Arbeiterklasse und des Volks feindlich sind, auch dann, wenn sie durch die Verhältnisse gezwungen werden, zur Erhaltung ihres Einflusses Maßnahmen zu setzen und Pläne zu schmieden, die z.T. im Interesse einzelner Teile des Volkes gelegen sind.

Dieser Zwang dem die bürgerlichen Parteinen unterliegen, trägt aber nicht nur die negative Seite der Spaltung in sich, sondern macht sie auch verwundbarer und mit ihnen die ganze bürgerliche Demokratie. Die Arbeiterklasse kann und muß in ihrem Kampf dieses Dilemma der bürgerlichen Parteien ausnutzen, um von Fall zu Fall die Kampfpositionen des Volkes gegenüber dem Staat zu stärken, die Konfusion in der Bourgeoisie zu beschleunigen.

Mehr als bisher müssen wir uns in Zukunft ins Gedächtnis rücken, daß jeder politische Schritt den die Massen tun sollen einer sorgfältigen, umfangreichen und umfassenden Vorbereitung bedarf.

Umfassende Vorbereitung eines bestimmten politischen Schritts heißt aber, alle unsere Kentnisse z.B. über den Widerspruch zwischen Volk und Bourgeoisie in die Waagschale zu werfen um an diesem einen Punkt weiterzukommen.

Als Hauptmangel unserer ideologischen Vorbereitungsarbeit haben wir im Zusammenhang mit unserem Auftreten zu den NR-Wahlen das Fehlen einer umfassenden Enthüllungsliteratur über alle diejenigen Bereiche festgestellt in denen der Staat tätig ist, einer Enthüllungsliteratur auf deren Grundlage erst ein lebendiges, lebenshahes Auftreten zur Machtfrage in diesem Staat möglich ist.
Diesem Mangel muß abgeholfen werden und zwar dadurch, daß sich bei allen Genossen der Gedanke durchsetzt, daß es notwendig ist, zur Vorbereitung eines bestimmten Schritts alle Kenntnisse zu konzentrieren.
Die Kommunisten in Wien arbeiten heute in 3 Bereichen, in der Arbeiterklasse unter den werktätigen Intellektuellen und unter den Schülern und Studdenten.
In allen drei Bereichen muß die Organisierung u von Enthüllungsliteratur und Aufbereitung von Kenntnissen und Erfahrungen als notwendige Voraussetzungen für jeden politischen Schritt vorangetrieben werden.

Die Betriebskollektive stehen hier vor der Aufgabe direkt Kenntnisse aus den Massen zu schöpfen, die Erfahrungen die die Massen mit dem Staat gemacht haben und über die sie berichten, niederzulegen, zusammenzufassen und wiederum für die Agitation nutzbar zu machen, vor der Aufgabe selbständig in den Betrieben politische Fragen aufzuwerfen um so organisierte Schritte vorzubereiten.

Die Schüler- und Studentenorganisationen muß beginnen, sich den Kopf darüber zu zerbrechen, wie wir, über Enthüllungen der Zustände an den Schulen und Hochschulen hinaus die Kritik der bürgerlichen Wissenschaft und Lehrinhalte für das Weiterkommen der ideologischen Prozesse im Volk verwerten können.
Ebenso müssen die VUV-Genossen ihre gesamte Untersuchungsarbeit an den Erfordernissen der Politik ausrichten und die Ergebnisse ihrer Arbeit so aufbereiten, daß sie der Arbeiterklasse und dem Volk nützen bei ihrer Erkenntnis des Wesens des bürgerlichen Staates.

In gleicher Weise stellt sich diese Aufgabe auch für unsere Genossen in den demokratischen Komitees, sei es im Abtreibungskomitee, sei es in den internationalistischen Kommitees, wo v.a. ein Beitrag geliefert werden muß, um den Staat von seiner Außenpolitik her besser als bisher unter Beschuß nehmen zu können.

Wir müssen also von verschiedenen Punkten her an diesem Strang ziehen um in der Arbeiterklasse und im Volk eine gute öffentliche Meinung schaffen zu können, die die Voraussetzung ist für jeden politischen Schritt.

12.1.1976
K.P.

## JÄHRLICHER UMTAUSCH DER MITGLIEDSKARTEN

Die Kollektivleiter möchten wir bitten, ~~bis~~ Ende Jänner die Mitgliedskarten bei P.F. (Journaldienst jeden Montag 17-19.00) umzutauschen. Der Termin wäre im Hinblick auf den, gemäß dem Protokoll der Wiener konferenz bis Februar vorzulegenden Organisationsbericht unbedingt einzuhalten. P.F.

Stellungnahme der Leitung des KB Wien zur Spaltung des KB Graz

1. Seit dem Austritt von vier Mitgliedern und einem Kandidaten aus dem KB Graz und der Bildung der KG Graz durch diese und einige weitere Genossen am 21.12.1975 bestehen in Graz zwei marxistisch-leninistische Organisationen. Der KB Wien strebt freundschaftliche und gleichartige Beziehungen zu beiden marxistisch-leninistischen Organisationen in Graz an.
2. Der KB Wien tritt dafür ein, daß die KG Graz gemäß ihrer Erklärung vom 23.12.1975 gleichberechtigt in die Reihen der Unterzeichnerorganisationen der Beschlüsse der Konferenz der KBs und der KG Klagenfurt in Wien am 6./7./8.12.1975 aufgenommen wird.
3. Der KB Wien stellt fest, daß der KB Graz nur dann weiterhin als Unterzeichnerorganisation der Beschlüsse dieser Konferenz gelten kann, wenn er die Anerkennung von deren Beschlüssen auf die vorbehaltlose und vollständige Anerkennung aller Beschlüsse ausdehnt.
4. Im Interesse der Schaffung bestmöglicher Voraussetzungen für die Gründung einer nationalen marxistisch-leninistischen Organisation hält es der KB Wien für wünschenswert, daß in Graz die Einheit aller Marxisten-Leninisten auf klarer politischer Grundlage in einer einzigen Organisation hergestellt und die organisatorische Trennung vom Opportunismus vollzogen wird.
5. Der KB Wien hält es für zweckmäßig, wenn die beiden Grazer Organisationen als Grundlage zur Herstellung der Einheit der Grazer Marxisten-Leninisten verbindliche Festlegungen zu den Fragen

- der internationalen und nationalen Klassenkampfsituation
- der Arbeiterforderungen
- des Kampfs um Demokratie
- der Aktionseinheitspolitik
- der Herstellung der Gewerkschaftseinheit der Arbeiterklasse gegen die Kapitalistenklasse
- des Wegs im Parteiaufbau und der nächsten Schritte auf diesem Weg

treffen sowie ein Statut entwerfen. Außerdem würde dies der gesamten marxistisch-leninistischen Bewegung zur Überprüfung der Haltung der beiden Grazer Organisationen zu den Wiener Beschlüssen vom 6./7./8.12.1975 dienen.
6. Hinsichtlich der Beziehungen zwischen den Unterzeichnerorganisationen der Wiener Beschlüsse vom 6./7./8.12.1975 geht der KB Wien von folgenden Grundsätzen aus:
Er weist jede unzulässige Einmischung in die innerorganisatorischen Angelegenheiten anderer Organisationen zurück;
Er hält eine solche Einmischung für zulässig und unterstützenswert, die die Auseinandersetzung um die inhaltlichen Fragen der Politik quer durch die marxistisch-leninistischen Organisationen und die Durchsetzung ihrer gemeinsamen Beschlüsse fördert.

Keineswegs entsprechen diesem Grundsatz die Stellungnahmen der KG Klagenfurt und des KB Sa/Ha zur Spaltung des KB Graz, denn sie spielen die Frage des technischen Apparates hoch, verabsolutieren die Frage der organisatorischen Spaltung und setzen das Problem der Auseinandersetzung um die inhaltlichen politischen Fragen herab und schlagen gemeinsame Initiativen der KBs und der KG Klagenfurt vor, durch eine prinzipienlose Einigung der beiden Grazer marxistisch-leninistischen Organisationen diese Spaltung ungeschehen zu machen.
Im Gegensatz dazu erweisen die Marxisten-Leninisten der anderen Städte Österreichs der Durchsetzung des Richtigen in Graz wie in ganz Österreich dadurch den besten Dienst, daß sie zu den inhaltlichen Streitfragen positiv Stellung beziehen und die Auseinandersetzung darauf konzentrieren.

Wien, am 1o. 1. 1976

KB Wien
RUNDSCHREIBEN 49 DES KB
=====================

BERICHT ÜBER DIE SPALTUNG DES KB GRAZ    H.W.12.1.76

Der vorliegende Bericht wurde auf der Grundlage der Notizen zu einem Referat des Gen.H.W. auf der Leitungssitzung vom 10.1.1976 verfaßt. Er ist in einigen Punkten gegenüber dem Referat etwas erweitert. Insgesamt wurde er so knapp als möglich gefaßt. Die Materialien, denen die Zitate entnommen wurden, sind d am Ende des Berichtes angeführt. Zusätzlich zu diesem Bericht sollte die Stellungnahme der Leitung herangezogen werden, die die Haltung unserer Organisation klarlegt. Sie ist diesem RS beigefügt.

1: Am 21.12.1975 sind fünf Genossen des KB Graz aus ihm ausgetreten und haben gemeinsam mit einigen weiteren Genossen der MSO Graz, der Hochschulorganisation des KB, die Bildung einer neuen Organisation, der Kommunistischen Gruppe Graz, erklärt. In einer ersten Erklärung der KG Graz heißt es dazu (vom 23.12.):

"Der Grund für diesen Schritt der 5 Genossen, von denen einige am Aufbau der MSO und des KB Graz wesentlichen Anteil hatten, ist in der Tatsache zu suchen, daß sich mit der MV am 21.12.1875 im KB Graz endgültig eine rechtsopportunistische Linie durchgesetzt hat, die bisher noch im KB bekämpft und zurückgewiesen werden konnte." (1,S.1) ------

Unmittelbarer Anlaß zur Spaltung des KB Graz war die mehrheitliche Ablehnung eines Ausschlußantrages der ausgetretenen Genossen gegen 4 Mitglieder des KB Graz als hauptsächliche und offenste Repräsentanten einer rechtsopportunistischen Strömung im KB Graz. Der Antrag lautete:

"Wir fordern den Ausschluß von Hdv., H.P., M.Sch. und P.Sch., weil 1. ihre Infragestellung der Betriebsarbeit auf die Liquidation der ersten Aufgabe der Kommunisten, nämlich Politik unter dem Proletariat zu machen, hinausläuft, was jede kommunistische Politik ruinieren muß;

2. die von ihnen vertretene Verleugnung der Rolle der Kommunisten als Avantgarde Nachtrabpolitik zur Folge hat;

3. ihr falsches Herangehen an die Einschätzung der Klassenkampfsituation zum Rechtsopportunismus und zum Liquidatorentum führte;

4. weil sie praktisch den demokratischen Zentralismus als organisatorisches Prinzip einer kommunistischen Organisation ablehnen;

5. weil sie mit ihren Vorstellungen von einer organisierten Mitgliederschulung im KB den ideologischen Aufbau der Organisation verhindern;

6. weil diese <u>Positionen</u> insgesamt den KB daran hindern,

--------     --------

die auf der Wiener Konferenz am 6./7./8.Dezember gefaßten Beschlüsse durchzuführen; um so den besten Beitrag zum nächsten Schritt der österreichischen Kommunisten beim Aufbau der Kommunistischen Partei zu leisten: der Auflösung der KBs in einer nationalen demokratisch-zentralistischen Organisation der Kommunisten.".

2. Tatsächlich besteht seit einem Jahr eine rechtsopportunistische Strömung im KB graz, die anläßlich der Aktionen des KB Graz gegen die Tariferhöhungen der Grazer Verkehrsbetriebe Anfang 75 anläßlich des 1.Mai, anläßlich der Nationalratswahlen und in der Debatte um die weitere Herausgabe der Zeitung des KB Graz hervortrat, um nur die wichtigsten Anlässe zu nennen.

Der Kern dieser rechtsopportunistischen Anschauungen besteht in einer Scheu vor und mangelndem Vertrauen auf die Massen. Sie heben das rückschrittliche Element im Denken der Menschen hervor und negieren das fortschrittliche Element und sein Anwachsen; auf dieser Grundlage trat Furcht davor auf, den Kommunismus zu propagieren; weil man glaubte, damit im Gegensatz zu den Massen zu kommen; anstatt sich der Aufgabe, die ideologische Offensive zu entfalten zu widmen, sollte der Rückzug angetreten werden; die vorgebliche "Meinung der Massen" wurde als Tarnung benutzt. Auf dieser opportunistischen Linie gründeten liberale Anschauungen in Organisationsfragen; denn wo nicht gekämpft wird, ist auch der Demokratische Zentralismus überflüssig. So mußte die rechtsopportunistische Strömung eine zersetzende liquidatorische Wirkung auf den KB Graz ausüben.

In allen wichtigen Fragen der Politik traten Differenzen auf, die die Organisation mehr und mehr lähmten. Lange Zeit hindurch wurden jedoch keine entscheidenden Maßnahmen zur Bekämpfung des Opportunismus und zur Durchsetzung des Marxismus-Leninismus im KB Graz gesetzt. Weder die Leitung noch die ideologisch und politisch führenden Genossen kamen dieser ihrer Aufgabe nach. Die Leitung des KB Graz war dazu, nebenbei bemerkt, auch schon deshalb nicht imstande, weil sie im letzten Jahr sechs mal gewechselt wurde. Schon seit langem stand die Aufnahme des direkten, offenen Kampfes gegen den Rechtsopportunismus als politische Strömung im KB Graz auf der Tagesordnung, seine Entlarvung und der eindeutige Bruch mit ihm.

Die 4 Mitglieder der Aufbauzelle Waagner-Biro des KB Graz vertraten in ihren Positionen und ihrer gesamten Haltung am ausgeprägtesten diese Strömung. Aus diesem Grund war es ein naheliegender Gedanke, im organisatorischen Bruch mit ihnen klarzumachen, daß für die Linie des Rechtsopportnunimsu, im KB Graz kein Platz ist. So hieß es auch im Ausschlußantrag:

"Wir fordern den Ausschluß von Hdv, H.P.,M.Sch. und P.Sch., weil.....diese Positionen insgesamt den KB daran hindern, die auf der Wiener Konferenz vom 6./7./.8.12 gefaßten Beschlüsse durchzuführen..." (2,S1, Heraushebung von mir). Bei der Debatte des Antrags vor und auf der MV des KB Graz allerdings wurde der Fehler begangen, ihn nicht klar als Kampfansage an die Linie des Rechtsopportunismus zu stellen, als unmißverständliche Erklärung, daß man ihn nicht dulden kann. Vielmehr rückten die Personen und ihre Fehler mehr und mehr in den Mittelpunkt, der Kampf um die Linie der Organisation verbarg sich sozusagen dahinter und wurde auch von der Mehrheit der Genossen des KB nicht mehr erkannt.
Ein solcher Fehler war bereits in einer Formulierung der Erläuterungen zum Ausschlußantrag angelegt, auch wenn es diesen

noch nicht prägte:
"Für den ersten entscheidenden Schritt halten wir den Ausschluß einer Gruppe von Rechtsopportunisten und Liquidatoren, denen es bisher mit Erfolg gelungen ist, die Politik des KB lahmzulegen und darüber hinaus viele ehrliche und aktive Genossen mit Pessimismus und Kapitulantentum anzustecken." (2,S2.)

In der weiteren Folge verloren die Genossen die Linie des RO mehr und mehr aus den Augen, sodaß die Debatte auf der MV tatsächlich nur noch um den Ausschluß der 4 Mitglieder kreiste, statt um den Kampf gegen die Linie, deren Exponenten sie sind.

3. Von den Mitgliedern der Aufbauzelle WB wurde eindeutig gerade dieses Terrain der Auseinandersetzungen gesucht, das ihnen gelegen sein mußte. In ihrem Gegenantrag zum Ausschlußantrag der Genossen, die nunmehr die KG Graz bilden, schreiben sie:
"Das Ausschlußpapier tut so, als seien wir eingeschleuste Agenten, deren schädliches Treiben man endlich erkannt hat. So wie es aus dem Papier herauskommt, hat die Organisation eigentlich immer eine richtige Linie verfolgt, nur die AZ-WB hat alles sabotiert." (3,S.5)
Auch auf der MV selbst wurde diese Linie konsequent weiterverfolgt. Entgegen dem Vorschlag, ein Genosse der Leitung, der den Ausschlußantrag unterstützte, solle die Diskussion leiten, stellte ein Mitglied der AZ-WB ohne jede Begründung den Antrag, ein anderer Genosse, von dem bekannt war, daß er den Ausschlußantrag ablehnte, sollte gewählt werden - was auch geschah. Das gleiche Mitglied der AZ-WB stellte unmittelbar darauf den, Antrag, die ursprüngliche Tagesordnung:

1) Bericht des Sekretärs zur Entwicklung der ML-Bewegung im Hinblick auf den Parteibaufbau und die Rolle des KB Graz
2) Debatte der Beschlüsse der Wiener Konferenz vom 6.7.8. und der Schritte die notwendig sind um die Beschlüsse dieser Konferenz durchzuführen.
3, Ausschlußantrag von G.R.,HePu,D.R. gegen Hdv.,H.P.,M.Scj. P.Sch.
4) Rücktritt von P.K. aus der Leitung

abzuändern und den Ausschlußantrag an die Spitze zu stellen, weil "dieser Tagesordnungspunkt...in der heutigen MV zweifellos der wichtigste"sei (5.S.2).
Damit wurde offensichtlich der Zweck verfolgt, die Diskussion um den Ausschluß von der Auseinandersetzung um die Politik des KB zu lösen. Dieser Zweck wurde auch erreicht.

Alle diese Manöver, wurden von den Genossen, die den Ausschlußantrag gestellt hatten, wohl nicht klar durchschaut, weshab sie deren politische Inhalte auch nicht aufzudecken vermochten.

In der weiteren Folge verfolgtendie Mitglieder der AZ-BW eine Taktik des Ausweichens und Lavierens, wie sie seit Bernstein geradezu klassisch für Opportunisten ist und woher sie auch nicht zuletzt ihren      haben). Sie lieferten damit selbst einen weiteren deutlichen Beleg für die Richtigkeit der gegen sie vorgebrachten Besch.uldigungen. So hieß es in der ersten Antwort eines Mitglieds der AZ-WB zum Ausschlußantrag auf der MV:
"...über die Konzeption der Arbeit im Proletariat, wie sie

bei uns gelaufen ist, (haben wir) Bedenken geäußert..., nach 3jähriger Praxis. Wir haben gesagt, wir müssen das alles einmal überdenken und i diskutieren.."..."Zum Linksdrang".."für micht trifft dieser Begriff nicht das Wesentliche, drückt es nicht aus, was ich mir darunter vorstelle..."..."Demokratischer Zentralismus: Das zeigt wieder einmal, wie wenig wir uns auskennen. Die Zitate, die du aus den verschiedenen Werken von Mao und Lenin gebracht hast, sind wahrscheinlich richtig. Aber das zeigt,eben, wie wenig uns der Demokratische Zentralismus und seine Notwendigkeit klar ist und wie notwendig eine Diskussion darüber ist."...."Ich glaube nicht, daß Schuld an unserer Misere sei, daß wir zuwenig Klassiker gelesen haben. Die Fehler lagen dann in der Anwendung...z.B. wie es im Ausschlußantrag steht:'...richtig ist, was der Arbeiterklasse dient.' Das bringt einen interessensgebundenen Wahrheitsbegriff zum Ausdruck, der mit ML nichts zu tun hat...es gibt Wahrheiten, mit denen sich die Arbeiterklasse auch arrangieren muß."..."Wir meinen, daß über die Punkte , die im Ausschlußantrag angeführt sind, noch Diskussionen notwendig sind. Diese müssen verbunden werden mit einer Reflexion über unsere bisherige Politik..." (5,S8 und 9).

In diesem Ausführungen werden alle Vorwürfe ohne Ausnahme umgangen, Zu keiner Streitfrage wird eindeutig Position bezogen. Die Ausrede, "wir kennen uns halt nicht aus", verwischt alles. Allein die Protokolle der MV müßten genügen, um den Ernst der opportunistischen Gefahr in dieser Organisation zu erkennen.

4. Die Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung beweisen, daß rechtsopportunistische Strömungen unvermeidlich durch Positionen des Zentrums, durch Positionen eines "ausgewogenen" Kampfes gegen "linke und rechte Fehler" unterstützt werden. Eine solche Position des Zentrismus ist gekennzeichnet vor allem dadurch, daß sie die konkrete Untersuchung, welche Abweichung zum gegebenen Zeitpunkt die wahre Hauptgefahr darstellt, durch das "Prinzip" der Ausgewogenheit ersetzt. In Wirklichkeit muß das dazu führen, daß unter dem Deckmantel des "Kampfes gegen den Opportunismus" der Kampf gegen die revolutionäre Linie, bewußt oder unbewußt, geführt wird.

Eine solche Strömung des Zentrismus ist auch im KB Graz aufgetreten. Sie stellt sich bereits seit langem schützend vor die Opportunisten und begünstigte die Entfaltung dieser schädlichen Linie.
Deutlich trat sie schließlich auch in Erscheinung auf der MV. Genossen, die immer wieder betonten, daß sie den Rechtsopportunismus bekämpfen wollten, lehnten es nicht nur ab, sich auf einer - vielleicht verbesserten - Grundlage mit den Stellen des Ausschlußantrages zu verbinden, sie richteten sogar den Hauptstoß gegen diese. Man muß wohl annehmen, daß die Mehrzahl der Genossen, die dieser Strömung anhängen oder sie vertreten, den wahren Inhalt und die Tragweite ihrer Handlungsweise ganz und gar nicht begriffen haben. Konkret trat diese Linie etwa in folgender Gestalt auf:

"...deshalb bin ich sehr skeptisch gegen den Ausschlußantrag..: Es hat zwar Debatten gegeben um verschiedene Fragen..Ich glaube aber, daß sich eine Strömung nur entwickeln kann, wenn ihr nicht umfassend auf einer politisch ideologischen Ebene

entgegengetreten wird.Das ist bis jetzt nicht geshehen...Das ist der erste Punkt. Der zweite ist der, daß eine umfassende Auseinander. setzung mit dem, wie der KB Politik gemacht hat, und wie er weiter machen soll... nicht vorliegt, mit den ich die Leute festnageln kann: wollt ihr das oder wollt ihr das nicht?
Das heißt, daß von den Antragstellern so getan wird, als wäre einerRechtsopportunistische Stömung im ganzen KB in den letzten paar Monaten eine fixrichtige, also bis ins Detail richtige Position gegenübergestanden, und jetzt käme es nur mehr darauf an, weil das klar ist, die WBler hinauszuhauen."(5,S.15)
In dieser Form wird der Kampf gegen den Rechtsoppotunismus erklärt. In der Frage das"alles unklar sei"wird ihm nachgegeben; seinen Gegnern gegenüber wird erklärt, daß sie ja auch unrecht hätten; den Praktischen Schritt, den sie vorhaben, wird abgelehnt nadere konkrete Perspektiven für den Kampf gegen den Rechtopportunismuswerden nicht vorgelegt. In Wahrheit stellt man sich so schützend vor die Vertretr des Opportunismus. Das ist Zentrismus. Es ist leicht einzusehen, daß diese Position noch ernstere Gefahren darstellt als den offenen,unverhüllten Opportnismus: weil sie darauf hinausläuft, ehrliche Genossen zu täuschen, sie von einem konsequenten vorgehne abzuhalten. Hat eine solche Strömung Erfolg, so muß dieser Sieg zwangsläufig über kurz oder lang zum vollen Triumpf der Opportunisten werden. Gerade wir österreichischen Kommunisten sollten diese Gefahr am besten kännen; wurden sie doch in unseren Land von Anfang des Jahrhunderts bis zum Ende des zweiten Weltkriegs von der Sozialdemokratie, von den Austromarxisten bis zu höchsten Blüten perfektioniert- und hat sie doch die österreichische Arbeiterklasse in ihre schwerste Niederlage geführt.
Dieser schädlichen Linie folgt auch auch der Antrag, der schließlich von der MV des KB Graz angenommen wurde:
(1) Die Gen. Hdv,MSch, HP,PSch haben in ihrer politischen Arbeit schwerwiegende rechtsopportunistische Fehler gemacht:
a. Sie hatten nicht mehr das Wohl und Wehe des KB und die Entwicklung seiner politischen Linie im Auge. So haben sie
die Ausrichtung für die Nationalratswahlen abgelehnt und offensichtlich auf der Grundlage einer falschen Einschätzung der Entwicklung der Klassenkampfsituation in ihrer Praxis die Arbeit des KB äußerst mangelhaft durchgeführt; sie haben keinen Vorschlag zur Verbessrung der Agitation und Propaganda des KB vorgebrachracht.
die weitere herausgabe der KVZ abgelehnt, ohne einen Vorschlag zu ihrer Verbesserung zu entwickeln, ohnen zu sagen, was anihrer Stelle treten soll, und ohne die von ihr geforderten Debatte in de den Grundeinheiten anzukurbeln und Vorschläge zu unterbreiten.
die ihnen von der Organisation zugewiesene Aufgabe, den Aufbau einer Zelle im WB, in sträflicher Weise vernachlässigt, so daß man davon sprechen kann ,daß dort die Arbeit des KB völlig zusammnegebrochen ist. Das ist zu 99% ihre Schuld.
b. Sie haben den demokratischen Zentralismus in krssester Weise verletzt und haben sich sowohl einzeln als auch als auch als AZ gewiegert sich den Beschlüssen sowohl der Organisation als auch der Leitunh unterzuordnen. Man wird zugeben müssen ,daß das ein einheitliches Arbeiten der Organisation verunmöglicht.
Diese Gründe veranlassen die MV, die gen. in den Kandidatenstand zu versetzen. Voraussetzung dafür ist jedoch , daß sie ihre Fehler eingestehn, sich zu den Prinzipien des demokratischen Zentralismus bekennen und öffentlich Selbskritik üben. Die Einheiten in denen sie mitarbeiten werden, werden ihre Arbeit ständig unter diesem Gesichtspunkt zu prüfen haben. Sie bleiben jedoch mindestens 3 Monate Kandidaten.

(2) Die MV lehnt den Außchlußantrag der Gen. HePU,G.R., DR gegen dei oben genannten gen. ab,
weil er nicht ausgeht von unseren Aufgaben vom Parteiaufbau, nicht ausgeht von der politischen und ideologischen Stärkung unserer Organisatio, sondern in organisatorisch-bornierter Weise den Ausschluß einiger Gen. dem Kampf gegen eine falsche politische Strömung übergeordnet.
weil die Debatte um die Politik des KB Graz anhand eines Rechenschaftsberichtes nicht stattgefunden hat, die zum gegenwärtigen Zeitpunkt die einzige Garantie und Vorausstzung sein kann für die gegenüberstellung zweier Linien.
weil es sich bei MSch,Hdv,HP,Psch nicht um eine"Clique rechtsopportunistischer Liquidatoren"handelt und weil man die Krankheit heilen muß um den Patienten zu retten, und nicht den Patienten totschlagen darf um die Krankheit zu beseitigen.
(3) Die MV beschließt:
1. Der Rechenschafsbericht der Leitung hat bis spätestens 7.1. z zu erscheinen. In diesem ZUsammenhang wird die Leitung schärfstens kritisiert, da sie versäumt hat, die ihr von einer MV im Juni vorgrschriebene Frist einzuhalten.
2. Im Sinne der Beschlüsse der Wiener Konferenz der KBs und der kGK müssen die Betriebsaufbauzellen zu Trägern der Politik des KB werden und die Leitung hat sowohl politisch als auch organisatorisch das Hauptaugenmerk ihrer Tätigkeit darauf zu richten.
3. Die KVZ erscheint wieder. Die Leitung erstellt für diese Zeitung einen Plan bis zum 7.1.76 und setzt morgen eine Redaktion ein. BIs zur zweiten Jänner Woche haben alle Einheitne der Leitung weitere VOrschläge für die Gestaltung der Zeitung vorzulegen, die auf dieser Grundlage einen Beschluß Zur Zeitung herausgibt.
4. Ab Anfang Februar 76 findet eine Mitglieder schulung statt. ( Vorschlag:Der Imperialismus...Lenin)
5. Bei der Leitung wird ab sofort eine Komission eingelietet zur Untersuchung der gegenwärtigen Entwicklunstendenzen des österreichischen Imperialismus. Diese Komission legt bis Ende Jänner einen Bericht vor. (Vorschlag:BT,OH,MSch)
6. Eingerichtet wird eine Komission der Leitung , die sich auf der Grundlage der Gesammtnationalen Beschlusses zur staatlischen Ausplünderung und des Papiers von der DR nochmal beschäftigt mit den zu erwartenden Tariferhöhungen bei der GVB. Ende Jänner liegt von dieser Komission ein Papier vor, das Grundlage sein wird für einen Beschluß der Leitung über konkrete Kampfschritte gegen die im Juni zu erwartendenTariferhöhungen.
( Antrag an die MV vom 21.1275 )
Hier ist besonders hervorzuhebn: es wird zwar de Anschein erweckt den Rechtsopportunismus zu bekämpfen, aber es wird ausdrücklich bestritten ,daß es sich dabei um eine Linie handelt, es wird ausdrücklich und falsch die Gen. ,die den Auschlußantrag stellte und die Absicht ,den Opportunismus zu bekämpfen bewiesen haben, krittisiert, es wird ihnen eine organisatorisch borniete Sichtweise vorgeworfen, während der Antrag selbst anstatt den pol. Kern des opportunismus und die falschen Anschauungen zu ge ausschlich organisatorische Verfehlungen der Oportunisen anführt; es wird der organisatorische Aspekt, ihren Ausschluß zu vermeiden zum Angelpunkt gemacht; in der Absichtserklärung für die ZUkuhft ist nichts zu bemerken was darauf schließen läßt, daß die inhaltilche Auseinandersetzung mit den Opportunisten gemacht werden wird- hier hätten doch zumindest die inhaltichen Streifrgen eine Rolle spielen müssen, und nicht nur eine Reihe organisatorischer Maßregeln; und schließlich wird noch ein Mitglied der Aufbauzelle WB, M.Sch., der im selben Antrag in den Kandidatenstand versetzt wird, in einer von der MV offensichtlich

als wichtig erachtete Komission vorgeschalgen wird- was doch wohl als Zeichen aufgefaßr werden muß, daß das Ganze nicht so ernst gemeint sein aknn.
Ich denke daher, daß ich mir nichts anmaße und niemanden unrecht tue, wenn ich diesen Antrag als ein Dokument des Zentismus bezeichne,und aus der Tatsache daß dieser Antrag ohne Gegenstimme angenommen wurde ( bei allerdings ebensoviel Enthaltungen wie Prostimmen) schließe daß dadurch die Position des Rechtsoppor-tunismus im KB Graz nicht geschwächt, sondern erheblich gestärkt wurde.
5. Auch wenn es leider nicht möglichist hier, auf die hinter diesen Auseinanderstzungen unterschiedlichen Positionen zu den Fragen des Kassenkampfes einzugehn- nicht zuletzt weil im KB Graz politische Festlegungen bisher sehr selten waren- glaube ich docheindeutig gezeigt zu haben , daß die Organistion im wesentlichen in drei Stömungen gespalten war: Die Strömung des des offenen Opportunismus, die des Zentrismus, die des Marxis-mus- Lenienismus. Ich will keineswegs dogmatische und schematische Fehelær beschönigen , die die Exponenten er letzetn Strömung begangen haben und wohl auch noch begehen.
Aber wie überall im Klassenkampf kommt es darauf an, die Wiedersprüche konkret zu analysieren, und da kann es keinen Zweifel daran geben,Daß der Opportunismus die Hauptgefahr im KB Graz darstellt. Ihm Gegenüber galt- und gilt- es, einen klaren Trennungsstrich zu ziehen. Daß das nicht geshehn ist geht im wesentlichen auf das Konto der zentristischen Srömung-obwohl ihre Durchsetzung zweifellos durch ersnte Fehler der Gen. die in der Folge aus dem KB Graz ausgetretn sind, begünstigt wurden.
Die Existenz dreier verschiedener, miteinander unvereinbarenen politischen Strömüngen in ein und derselben Organisaton birgt in sich den Keim der Spaltung. Man kann daher sicherlich sagen daß die Spaltung des KB Graz eine notwendiges Ergbnis der innerenZerrissenheit ist. Damit ist nichts über die Art der Spaltung und ihren Zeitpunkt gesagt. Ob der Austritt der Gen. ZUm gegebenen Zeitpunkt en richtiger Schritt voran war, kann ich nicht beurteilen.Darüber ,und übrigens auch darüber ,ob der ausschlußantrag in der besten Form und zum richtigen Zeit-punkt gestelletwurde- aknn ich nicht urteilen, denn dazu müßt ich die Situaton im KB Graz im einzelnen kennen. Das ist auch unwesentlich. Es geht darum , den politischen Inhalt zu beurteilen.
Die Spaltung des Kb Graz war unvermeidlich, und sie ist eine Realität. Heute muß man versuchen, ihr das beste für dem Kampf gegen und die Trennung vom Opportunismus und die Herstellung der Einheit der Marxisten -Leninisten auf klren politischen Grundlagen abzugwinnwn. Jeder Versuch, die Spaltung umgeschehen zu machen,. wäre äußerst schädlich. Im Gegenteil sie muß genutzt werden, um die Auseinandersetzung in den inhaltlichen Fragen der Politik zu entfalten, auf diese Art dem Richtigen zum Durchbruch zu verhelfen und so xxx alte. Fehler, die schließlich zur Spaltung geführt haben , zu überwinden.
6. In den Marxistisch-leninistischen Bewwgungen in Österreic gibt es aber auch andere Haltungen zur Lage in Graz. Sowohl der KB Sa/Ha als auch die KG Kalgenfurt haben Stellungnahemen zur Spaltung des KB Graz abgegeben . Beide zeichen sich dadurch au aus, daß sie
- die Existenz der Zentristsichen Strömung und ihre Schädlichkeit nicht seh en
- den Austritt der Gen. nicht unter einen politischen, sondern einem organisatorischen Gesichtspunkt behandeln und verurteilen

-die Spaltung am liebsten ungeschehen machen wollen.
-sich zu diesem Zweck in unangemessener und unzulässiger Weise in die Belange des KB bzw. der Kg Graz einzumischen versuchen.
Die Stellungnahme der KG Klagenfurt ist davon geprägt, daß die gen. befürchten , selbst mit liberalen Haltungen gegenüber opportunistischen Positionen Schluß machen zu müssen.

"Stellungnahme der vom Ausschluß"bedrohten Genossen":
In dieser Stellungnahme finden wir recht viele politische Unklarheiten und auch Fehler, die heute in der KGK zum Teil noch krasser auftreten und die wir jetzt erst langsam in den Griff bekommen : nämlich durch eine Entfaltung einer breiten Debatte über diese Probleme und durch eine gründliche Selbstkritik der Ltg., die jene Fragen nicht mit der Hauptaufgabe der Kommunisten - den Parteiaufbau verbinden konnte um so die Organisation ideo ogisch aufzubauen, um so in der Organisation über alle diese Fragen Klarheit zu schaffen.
Auf dieser Grundlage kann man auch dann die Politik jedes einzelnen Genossen, seine Positionen kritisieren, sodaß es die Organisation und ihre Politik vorwärtstreibt und festigt.
In der Stellungnahme se en wir keinesfalls einen "raffinierten Ausdruck von Rechtsopportunismus". Die Stellungnahme erweckt den Eindruck, daß der KB Graz im letzten Jahr zuviele Fragen offen ließ, entweder mangelhaft oder überhaupt nicht (das wissen wir nicht) beantwortet hat." (Dokument 7, Stellungnahme der KG Klagenfurt...} S.2)

In der weiteren Folge begrüßen die Klagenfurter Genossen ausdrücklich das von der MV des KB Graz verabschiedete Dokument des Zentrismus:

"Antrag an die MV von W.R.: Dazu können wir sagen, daß wir den Antrag insoweit für gut halten, als er die gesamte Lage des KB vor Augen hat und neben der Kritik an den Rechtsopportunismus auch Sofortmaßnahmen für die Reorganisierung und Konsolidierung des KB enthält." (Dokument 7, Stellungnahme der KG Klagenfurt..., S.2)

Sie schlagen schließlich als Schlußfolgerungen den KBs zum Beschluß vor:

"Die KBs und die KGK werden auf der nächsten nationalen Konferenz Anfang Februar in Linz zur Gründung der KG Graz einen eindeutigen Beschluß fassen."(Dok.7,Stellungnahme...S.4)
"Bis zu dieser Entscheidung bei der nationalen Konferenz muß der technische Apparat in gleicher Weise sowohl dem KB als auch der KGG zur Verfügung stehen." (Dok.7, Stellungnahme...S.5)

Obwohl im ersten Punkt des Vorschlags nicht ausdrücklich enthalten ist, was denn eigentlich beschlossen werden soll (was die Sache zu einem sehr merkwürdigen "Antrag" macht), geht aus dem Gesamtcharakter der Stellungnahme eindeutig hervor, daß wohl eine Verurteilung des KG Graz und eine Aufforderung an die Genossen, wieder dem KB beizutreten, gemeint ist.
Was den zweiten Punkt anlangt, so kann man nicht scharf genug sagen, daß die Frage des technischen Apparats eine Frage ist, die die Grazer Genossen ausschließlich untereinander lösen müssen; und daß eine Lösung der"gemeinsamen Nutzung" nur davon ausgehen kann, daß man die Spaltung nicht wahrhaben will.

Die Auseinandersetzung über diese Frage betonen, heißt die Klärung der politischen Streitfragen behindern. Wir werden uns darauf bestimmt nicht einlassen.

Etwas anderes ist die Stellungnahme der Salzburger Genossen aufgebaut. Ausführlich werden die wirklichen und vermeintlichen Fehler der Genossen, die jetzt die KG Graz bilden, an den Pranger gestellt. Bezüglich des Opportunismus haben die Genossen nur einen knappen Satz übrig:

"Es ist in der ganzen Stellungnahme vielleicht unverhältnismäßig viel Gewicht auf die Fehler der ausgetretenen Genossen gelegt. Aber es ist doch so, daß opportunistische Auffassungen und Fehler, die deutlich am Tisch liegen und von der großen Mehrzahl der Grazer Genossen mittlerweile mehr oder weniger scharf kritisiert werden, schon weniger gefährlich sind als solche, die sich erst abzuzeichnen beginnen." (Dokument 8, Die Lehren aus der Spaltung des KB Graz..., S.11)

Im übrigen ist auch hier keine Spur eines Erkennens der schädlichen Rolle des Zentrismus und seiner Existenz überhaupt vorhanden. Auch sie begrüßen unmißverständlich den schädlichen Beschluß der MV des KB Graz:

(Zu einem Ausschluß)..."war die Mehrheit der Mitglieder noch nicht bereit, während sie, doch vor allem durch den Ausschlußantrag aufgerüttelt, eine Resolution faßte, die den Kampf gegen ~~xix~~ Kapitulantentum und Liquidatorentum in der ganzen Organisation einleiten hilft und in Verbindung mit einer intensiven Rechenschaftsberichtsdiskussion, mit Beginn einer Mitgliederschulung, mit Vorbereitung des Auftretens gegen bevorstehende kommunale Tariferhöhungen etc. sicher zu einer eindeutigen Klärung und zur Durchsetzung der revolutionären Linie führen wird." (Dok.8, S.3)

Insgesamt ist die Stellungnahme der Salzburger Genossen getragen von einer Verurteilung der Spaltung als solcher. Ihre tiefen Wurzeln werden nicht aufgedeckt, ihr politischer Inhalt nicht wirklich behandelt. Letzten Endes sind es immer wieder organisatorische Probleme, die behandelt werden. Zur Klärung der politischen Auseinandersetzung liefert die Salzburger Stellungnahme keinen Beitrag; daher muß man sie, als ausdrücklich als solche bezeichnete des KB Sa/HA gegenüber den anderen Organisationen, wohl als unangemessen bezeichnen. Dies gilt insbesondere für den zwar nicht ausdrücklich gemachten, aber dem Sinn nach enthaltenen Vorschlag zur Behandlung der Frage der nächsten nationalen Konferenz.( [illegible] 8, S.4)

Schließlich muß einen noch merkwürdig berühren, wenn die Tatsache, daß der KB Graz in einer MV zwar über alle Beschlüsse der Wiener Konferenz vom 6.,7.,8.12.1975 abgestimmt hat, nicht aber über die Resolution 2 (Zum demokratischen Zentralismus), den Genossen keinerlei Kopfzerbrechen bereitet - außer, daß diese Resolution untauglich sei (Dok.8, S.9), das angesichts der Tatsachen, daß im KB Frag offenbar die Prinzipien des demokratischen Zentralismus lange Zeit hindurch systematisch gebrochen wurden und spezielle "Theorien" über "demokratischen Zentralismus" erfunden wurden, die das Wort als Synonym für bürgerlichen Liber~~xxx~~ alismus nehmen (5, S.17) auf der anderen Seite aber schalgen Sie vor, daß die KG Graz "vorderhand nur mit beratender Stimme" an der nächsten Konferenz teilnehmen soll, obwohl diese vorbehaltlos und ohne Einschränkungen <u>sämtliche</u> gemeinsamen Beschlüsse ~~x~~ der Wiener Konferenz anerkennt. Wem soll eine solche "differenzierte" Behandlung nützen? Doch sicher nicht der Einheit der Grazer Marxisten -Leninisten?

7) Diese Tatsachen zeigen deutlich, daß die Gefahr des Rechtsopportunismus nicht auf Graz beschränkt ist, sondern ein ernstes Problem für die gesamte marxistisch -leninistische Bewegung darstellt. Wir müssen klarstellen, daß es ohne Trennung keine Einheit gibt; Trennung (auch organisatorisch) vom Opportunismus gehört zur Einheit (politisch wie organisatorisch) der MArxisten-Leninisten. Der einzig angemessene Weg dazu ist die vom Wunsch nach Einheit getragene Auseinandersetzung, und der Wunsch nach Einheit der Marxisten-Leninisten beinhaltet den Wunsch nach Trennung von allem, was ihmen fremd ist, insbesondere den Opportunismus.

Für diese Auseinandersetzung, für die Bekämpfung des Rechtsopportunismus in ganz Österreich und die Durchsetzung des Richtigen unter den Marxisten-Leninisten müssen wir die Ereignisse in Graz nutzen. Wir haben keinen Grund, sie zu begrüßen. Wir sind nicht für Spaltung. Aber wir müssen sie als notwendig und real anerkennen und wir müssen sehen, daß die Fehler, die dazu geführt haben, nur auf diesem Weg bereinigt werden können.

Insbesondere müssen wir uns Konzentrieren auf die KOnkretisierung und wirkliche Durchsetzung der Wiener Beschlüsse. Wenn wir uns korrekt verhalten, wird sich bewahrheiten, daß Spaltung Einheit enthält.

Zitierte Dokumente:

1) Erklärung der KG Graz vom 23.12.1975
2) Antrag an die MV am 20./21.12. auf Ausschluß von Hdv,M.Sch.,H.P. und P.Sch.
3) Antrag der AZ-WB an die MV das Ausschlußpapier der Genossen HePu,G.R.,D.R. abzulehnen und ihr Verhalten zu verurteilen.
4) Rundschreiben der Leitung des KB Graz vom 17.12.1975
5) Tonbandprotokoll der MV des KB Graz vom 21.12.1975 (Mxxxxx gxxxgxx Herausgeber: KG Graz)
6) Antrag an die MV vom 21.12.1975 von W.R.
7) Stellungnahme der KG Klagenfurt zur Situation der Kommunisten in Graz (2.1.1976)
8) Die Lehren aus der Spaltung des KB Graz sind für die ganze Kommunitische Bewegung von Bedeutung (J.R.i.A.d.Ltg.d.KB Sa/Ha 4.1.1976)

Ferner wurden herangezogen:

B.T. Stellungnahme der Leitung zum Antrag auf Ausschluß der Mitglieder der AZ-WB an den KB Graz an die MV am 21.12.75. (20.12.75)
Erklärung des KB Graz zum Austritt von 5 Genossen (22.12.75)
Eine Entscheidung ist notwendig: Entweder liberaler Diskutierklub oder kommunistische Kampforganisation (18.12.75)
Eigene Mitschriften von Gesprächen mit Mitgliedern der Leitung des KB Graz und der KG Graz vom 26.12.1975.

(H.W.)

KRITIK DER VORGANGSWEISE UND ERGEBNISSE DER KLAGENFURTER KONFERENZ

Die Klagenfurter Konferenz hat den Beschluß gefaßt, die beteiligten Organisationen mögen "alles in ihren Kräften stehende tun, um das geplante Gesetz zur Volkszählung besonderer Art zu Fall zu bringen."

Dieser Beschluß kann aber den Zweck, die beschließenden Organisationen wirklich auf ihre Aufgaben auszurichten, nicht erfüllen.

Die Konferenz hat es unterlassen, die Bedingungen zu untersuchen und einzuschätzen, unter denen die Regierung heute diese Volkszählung durchzusetzen versucht und unter denen der Widerstand dagegen zu organisieren ist. Ohne diese konkreten objektiven und subjektiven Bedingungen zu untersuchen und einzuschätzen - und zwar im Zusammenhang mit der Entwicklung des Klassenkampfs insgesamt - hat ein solcher Beschluß aber keine feste Grundlage und trifft auch die anstehenden Aufgaben nicht.

Die Konferenz hat sich in Wirklichkeit nur befaßt mit der Frage, welche Haltung wir zu dem Gesetz einnehmen müssen. Da ist es natürlich so, daß wir selbst für ganz andere gesetzliche Regelungen eintreten. Das gleiche gilt aber auch für das Ausländergesetz, um nur ein Beispiel ähnlicher politischer Bedeutung zu nennen. Dort haben wir nicht beschlossen, "alles in unseren Kräften stehende zu tun, um das geplante Gesetz zu Fall zu bringen", obwohl wir genauso auf der ganzen Linie gegen dieses Gesetz und für andere gesetzliche Regelungen waren und sind.

Offensichtlich ist es so, daß die Festlegung unserer strikten Gegnerschaft zu einer Maßnahme der Regierung nicht ausreichend für die Festlegung unserer konkreten Vorgangsweise in einer bestimmten Situation ist. Diese Vorgangsweise muß vielmehr abhängig gemacht werden von der Gesamtheit der objektiven und subjektiven Bedingungen für die Auseinandersetzung um die betreffende Frage und den Aussichten auf Veränderung dieser Bedingungen.

"Kein Gesetz zur Volkszählung besonderer Art" ist zweifellos eine richtige Losung, eine Losung, die richtig angibt, welche Haltung die Arbeiterklasse und das Volk zu den Absichten der Regierung einnehmen müssen. Mit ihrer Festlegung ist es aber nicht getan. Man muß auch festlegen, welchen Charakter diese Losung heute haben muß: den einer Propaganda - bzw. Agitationslosung, die auf die Gewinnung der politisch bewußtesten Teile des Volks bzw. auf die Gewinnung der Volksmassen für eine ablehnende Haltung gegenüber dem geplanten Gesetz abzielt; oder den einer Aktionslosung, die bereits darauf abzielt, die Massen mit dem Ziel in Bewegung zu setzen, das geplante Gesetz zu verhindern.

Diese Frage wird von den Klagenfurter Beschlüssen nicht beantwortet. Man kann den Beschluß sogar so verstehen, daß er auf die Ausgabe der Losung als Aktionslosung abzielt.
Im ersteren Fall wären die Beschlüsse ungenügend, weil sie nur die prinzipielle Haltung der Kommunisten zum Gesetz und zu den Rechten der Minderheit festlegen, ohne die konkreten Aufgaben der Kommunisten in der heutigen Situation zu bestimmen.
Im zweiten Fall wären die Beschlüsse ohne Grundlage und falsch. Ohne Grundlage, weil ohne Untersuchung der konkreten Bedingungen eine solche Festlegung nicht getroffen werden kann. Falsch, weil es heute (zumindest außerhalb Kärntens, wo eine andere Situation denkbar wäre) ganz offensichtlich so ist, daß es erst um die Schaffung einer breiten öffentlichen Meinung gegen dieses Gesetz geht und noch nicht darum, die bereits gegen dieses Gesetz einge-

stellten Massen mit dem Ziel der Verhinderung dieses Gesetzes in Bewegung zu setzen.

Dementsprechend liegen auch unsere Aufgaben vorerst auf der Ebene der Agitation und Pmopaganda und noch nicht in der Organisierung von konkreten Kampfschritten. Es geht darum, daß wir uns Kenntnisse über diese Frage aneignen und durch die Verbreitung dieser Kenntnisse unter den Menschen agitieren, um sie für eine ablehnende Haltung gegenüber diesem Plan der Regierung und gegen die Bourgeoisie und ihren Staat überhaupt zu gewinnen. Es kann sein, daß die objektiven und subjektiven Bedingungen sich rasch so entwickeln, daß wir diese Agitationslosung umwandeln können in eine Aktionslosung. Es kann auch so sein, daß eine solche Änderung der Bedingungen nicht eintritt, bevor das Gesetz beschlossen wird, xxx oder daß die Regierung aus anderen Gründen ihren Plan fallen läßt und auf andere Maßnahmen Kurs nimmt, wmoit die betreffende Losung, nicht unsere politischen Forderungen geändert werden müßte oder überhaupt gegenstandlos würde.

In jedem Fall müssen wir unsere Entscheidung, welchen Charakter wir der aufgestellten Losung geben, abhängig machen von der Entwicklung der objektiven und subjektiven Bedingungen und dürfen sie nicht subjektivistisch ohne jede Untersuchung dieser Bedingunen fällen.

Die Beschlüsse der Klagenfurter Konferenz sind vom Subjektivismus geprägt, soweit sie die Festlegung unserer Aufgaben betreffen, und müssen korrigiert werden.

Das betrifft auch die Frage der Aktionseinheit. Solange noch gar keine Festlegung erfolgte, welche Aktion anzustreben ist und welchen Charakter diese Aktion haben soll, kann vom "Anstreben einer breiten Aktionseinheit zu diesem Zweck" noch nicht die Rede sein. Tatsächlich ist es doch so, daß wir derzeit noch gar keine bestimmte Aktion im auge haben, für die wir die Massen gewinnen wollen. Vielmehr ist es so, daß wir selbst uns die Aufgabe stellen Kenntnisse xx unter den Massen zu verbreiten und eine breite Öffentlichkeit öffentliche Meinung gegen das Gesetz zu schaffen. Das ist selbstverständlich auch eine entscheidende Voraussetzung dafür, daß über kurz oder lang auch Vorschläge für Aktionen auf der Tagesordnung stehen und die Bedingungen für eine erfolgreiche Aktionseinheit politisch unsererseits geschaffen werden. Bevor das aber auf der TAgesordnung steht(was durchaus sehr bald der Fall sein kann gibt es auch keine Aktionseinheit und kann auch unsererseits vom Anstreben einer Aktionseinheit noch nicht die Rede sein. Von Aktionseinheitspolitik zu reden, ohne ünerhaupt eine bestimmte Aktion im Auge zu haben, macht diesen Begriff völlig sinnlos bzw. lenkt den Blick bei den anstehenden ideologischen Aufgaben nur auf einen bestimmten Aspekt des Ganzen, nämlich darauf, den Boden für eventuelle konkrete Aktionen zu dieser Frage zu bereiten.

Die Einleitung von K.P. zum Rundschreiben 47 bemüht sich, das auf der Klagenfurter Konferenz Versäumte nachzuholen, die Bedingungen einzuschätzen und unsere Aufgaben konkret festzulegen. Die Untersuchung und Einschätzung der Bedingungen ist aber unzureichend und deshalb auch die Festlegung unserer Aufgaben zumindest in der Frage der Aktionseinheit notwendigerweise unklar und irreführend.

Die Leitung muß Selbstkritik dahingehend üben, daß sie sich in den vorbereitenden Diskussionen für die Klagenfurter Konferenz über die gegebenen Bedingungen zwar beraten, der Delegation aber keine klaren Weisungen in dieser Frage mitgegeben hat. Die Vorgangsweise und Ergebnisse der Klagenfurter KOnferenz müssen offen diskutiert und korrigiert werden. Die Leitung muß alles daran setzen, um

die gegebenen Bedingungen möglichst rasch zu untersuchen und einzuschätzen, die Aufgaben der Organisation klar festzulegen und den anderen kommunistischen Organisationen entsprechende Vorschläge zu machen. Gleichzeitig muß die Organisation die Aneignung und Xxxxxxxxxxx Verbreitung von Kenntnissen über die Frage der Minderheitenfeststellung und Minderheitenrechte in Angriff nehmen.

Beschluß der Leitung des KB
Wien

## BERICHT AN DIE LEITUNG ÜBER DIE AUFNAHME DER ORGANISIERTEN ARBEIT GEWERKSCHAFTLICHEN ARBEIT IN DER ÖSTERREICHISCHEN GEWERKSCHAFTS-JUGEND (ÖGJ)

### Die Voraussetzungen sind gegeben

Begründung der Einrichtung der Fraktion

Im Beschluß des KB Wien über die Arbeiterjugend sind wir davon ausgegangen, daß die Unzufriedenheit wächst. "Der Kern dieser Unzufriedenheit der Arbeiterjugend ist die Unzufriedenheit mit den Zuständen in der Ausbildung." (Kommunist 1/1,S.66)
Diese Einschätzung hat sich bestätigt, obwohl die angenommene größere Jugendarbeitslosigkeit nicht entstanden ist.
Die regional und nach einzelnen Berufen unterschiedliche Entwicklung des Lehrstellenangebotes hat sich nocht nicht in größerem Maße in Jugendarbeitslosigkeit geäußert, sondern:

- im Zwang zu einer bestimmten Berufswahl bzw.
- im Zwang zur Annahme einer Lehrstelle in Betrieben mit bekannt schlechter Ausbildungsqualität bzw.
- im Zwang zur Annahme einer Anlern- oder Hilfsarbeitertätigkeit.

Mit einem Wort: Das unzureichende Lehrstellenangebot hat zu einem weiteren Absinken des insgesamten Qualitätsniveaus der Ausbildung der Arbeiterjugend geführt. Damit bleibt die Ausbildung weiterhin und in verstärktem Maße Kernpunkt der Unzufriedenheit.

Die anhaltende krisenhafte Entwicklung hat das Problem der Bezahlung der Jugendlichen mehr in den Vordergrund gerückt, wobei wir nicht den engen Zusammenhang mit der Ausbildung übersehen dürfen. Die Tatsache des Reallohnabbaus äußert sich für die AJ nicht nur in einer Verschlechterung ihrer Lebenshaltung, sondern wegen der Abhängigkeit von der Unterstützung durch die Eltern oft auch schon in einer Verschlechterung der Ausbildung (indem z.B. nur mehr Anlerntätigkeit angenommen werden kann, relativ geht ja der Anteil der Lehrlinge bereits zurück).

Nicht zuletzt wird unsere Einschätzung von der wachsenden Unzufriedenheit und ihrem Kern durch die Entwicklung der Bewegung für einen Existenzlohn für Lehrlinge bestätigt:

- Ihre raschen Anfangserfolge sind ein Zeichen dafür, daß das Unternehmerargument "Qualität der Ausbildung rechtfertigt niedrigere Bezahlung" in der AJ spontan keinerlei Anklang findet, weil diese mit der Ausbildung keineswegs zufrieden ist.

o Auf der anderen Seite können die Gegner der Existenzlohnforderung nur durch den Verweis auf die zuerst notwendige Änderung der Zustände in der Ausbildung die Jugendlichen von der aktiven Unterstützung der Existenzlohnforderung abhalten.

Die insgesamte Verschlechterung der Ausbildung und der Lebenshaltung der AJ ist die objektive Seite der Entwicklung in der letzten Zeit.
Subjektiv ist es so, daß v.a. im Rahmen der Bewegung für den Existenzlohn unsere jungen Genossen in der ÖGJ aktiv geworden sind und ihre ersten Erfahrungen gesammelt haben: Daß (organisatorisch) die gewerkschaftlichen Jugendgruppen für die Mitarbeit offenstehen und (politisch) der letzte Jugendkongreß Festlegungen getroffen hat, die an den wichtigsten Problemen der AJ ansetzen. Daß also die Ausgangsbedingungen für die Arbeit in der Gewerkschaftsjugend günstig sind.

Angesichts der Tatsache,

1. daß die objektive Entwicklung die AJ verstärkt in Gegensatz zur Kapitalistenklasse bringt,
2. daß für den Kampf gegen die Kapitalistenklasse gewerkschaftliche Beschlüsse und Aktionen, die vom Standpunkt der Einheit und Selbständigkeit der Arbeiterklasse ausgehen, günstige Bedingungen darstellen,
3. daß von seiten des KB Wien und seiner Massenorganisationen subjektiv die Bedingungen dafür vorhanden sind,

sollte die Leitung beschließen, daß auf der Grundlage der folgenden Festlegungen die in Frage kommenden Genossen ihre gewerkschaftliche Arbeit fraktionsmäßig betreiben.

## Grundlagen der Arbeit der ÖGJ - Fraktion

### 1. Die Notwendigkeit und der Weg des Kampfes um die Gewerkschaft

Die Kommunisten gehen davon aus, daß die soziale Befreiung der Arbeiterklasse den Sturz der Kapitalistenherrschaft notwendig macht. Daß eine Voraussetzung für die Einheit der Arbeiterklasse für die Beseitigung der bestehenden Verhältnisse die Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse gegen die Kapitalistenklasse in den Gewerkschaften auf dem Boden des Klassenkampfes ist.
Deshalb betreiben die Kommunisten ihre Gewerkschaftsarbeit unter dem Gesichtspunkt, daß es ihre Aufgabe ist, die Arbeiterklasse für den Klassenkampf und für den Kommunismus zu gewinnen.

Dem steht heute die Situation entgegen, daß im ÖGB und in den Gewerkschaften die Politik der Sozialpartnerschaft fest im Sattel sitzt, also eine Politik der Unterordnung der Arbeiterinteressen unter die Erfordernisse der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.

Wie führen die Kommunisten den Kampf gegen die Sozialpartnerschaftspolitik und um die Eroberung der Gewerkschaften für den Klassenkampf:

o Durch die Gewinnung der Mitgliedermassen für den Klassenkampf, für eine klassenkämpferische Gewerkschaftspolitik

und für die Forderungen einer solchen Politik.

- Durch die Organisierung des praktischen Kampfes gegen die Kapitalisten im Betrieb bzw. in der Branche und die Gewinnung gewerkschaftlicher Organe für seine Unterstützung.
- Durch die Gewinnung von Mehrheiten in den Organen der Gewerkschaften für klassenkämpferische Forderungen und eine klassenkämpferische Politik.
(Dabei betrachten wir Erfolge und Fortschritte bei der Willensbildung in gewerkschaftlichen Organen nicht als Selbstzweck, sondern als Verbesserung der Bedingungen für den Kampf gegen die Kapitalistenklasse und für die Vertiefung und Verbreiterung des Einflusses der Politik des Klassenkampfes in den Gewerkschaften).

## 2. Die politische Linie

Mit einer noch so klaren und überzeugenden Ausrichtung in einer Einzelfrage ist in der Gewerkschaft nichts zu erreichen (das haben die Erfahrungen mit der Existenzlohnforderung bewiesen). Die Vertreter der Sozialpartnerschaftspolitik haben ein umfassendes Programm und klare Ansichten über den Weg zu seiner Verwirklichung. Dem können die Kommunisten erfolgreich und dauerhaft nur begegnen, indem sie ihm ein umfassendes Kampfprogramm (ausschließlich ausgehend von den Interessen der Arbeiterklasse) und ebenso klare Ansichten über seine Durchsetzung (durch den Klassenkampf) entgegensetzen. Schließlich sind entscheidende Schläge gegen die bürgerliche Linie in der Gewerkschaftspolitik unmöglich, ohne deren Ziel (Reformierung der kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaft) das Ziel der sozialen Befreiung der Arbeiterklasse entgegenzuhalten und in den Gewerkschaften zu verankern.

Das gewerkschaftliche Kampfprogramm muß in 1.Linie auf alle Fragen Antworten geben, die durch die Notwendigkeit aufgeworfen werden, daß die Arbeiterklasse ihre Existenz verteidigt und ihre Kampfkraft erhält gegen deren Unterminierung und Schwächung durch die kapitalistische Ausbeutung:
Verteidigung des Werts der Arbeitskraft (Lohnfrage), Schutz der Arbeitskraft vor Steigerung der Ausbeutung und gesundheitlichen Schädigungen, Versicherung für alle Arten der Arbeitsunfähigkeit und des Arbeitsplatzverlustes, Rechte für die Vertretung ihrer Interessen und den Kampf um ihre Interessen.
Diese Antworten geben die Arbeiterforderungen und Forderungen auf ihrer Linie. *)

Dazu kommt, daß - insbesondere bei der Arbeiterjugend selbst - die Frage der Berufsausbildung einen wichtigen Platz einnimmt. Antworten auf die aktuell im Vordergrund stehenden Aspekte dieser Frage müssen wir auf der Linie der Forderungen zum Volksbildungswesen geben. Teilforderungen sind im Beschluß über "Unser Eingreifen in die Auseinandersetzung um die Ausbildung der Arbeiterjugend" angeführt.

(Dabei müssen wir in jeder Einzelfrage dazu in der Lage sein, unsere Vorschläge für die Gewerkschaftspolitik nicht nur aus einer genauen Kenntnis der Lage und Probleme heraus zu entwickeln, sondern

auch in überzeugender und fundierter Kritik an den sozialdemokratischen und anderen klassenversöhnlerischen Vorschlägen).

Der elementare Zweck des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses ist die Einschränkung der Ausbeutung und der Konkurrenz unter den Arbeitern.
Die Arbeiterklasse ist aber nicht nur von der Ausbeutung betroffen, sondern auch von der Ausplünderung auf dem Warenmarkt, von der staatlichen Ausplünderung und von der staatlichen Bevormundung und Unterdrückung. Weiters - und dieses hat noch keine Bourgeoisie ausrotten können - von jedem Angriff gegen einen Teil der internationalen Arbeiterklasse und gegen ihre Verbündeten.
Deshalb stehen diese Fragen auch in den Gewerkschaften. Und sie werden derzeit von der bürgerlichen Führung so behandelt, daß sie die Arbeiterklasse auf soziale Reformen und die bürgerliche Demokratie festlegen.
Demgegenüber müssen die Kommunisten dafür arbeiten, daß auch in allen sozialen und politischen Fragen und in allen Fragen der Solidarität sich der Standpunkt des Klassenkampfes und der Revolution in den Gewerkschaften durchsetzt. "Ohne diesen Kampf kann die Arbeiterklasse keine dauerhafte Verbindung des wirtschaftlichen und politischen Kampfes der Massen zum einheitlichen Klassenkampf herstellen" (Rechenschaftsbericht S 91).

## 3. Die Prinzipien und Formen der gewerkschaftlichen Jugendarbeit

Die betriebliche Arbeit, die feste Verankerung der selbständigen Forderungen und der Kommunisten als ihre entschiedensten Vertreter, ist die Grundlage jeder gewerkschaftlichen Arbeit.

Deshalb betrachten es die kommunistischen Jugendgewerkschafter als ihre Aufgabe

- unter ihren Kollegen, insbesondere den jugendlichen Kollegen, für die gewerkschaftliche Organisierung auf dem Boden des Klassenkampfes einzutreten
- für die Durchsetzung der Interessen der Belegschaft insbesondere der Jugendlichen im Betrieb, gegen die Kapitalisten und die Gewinnung gewerkschaftlicher Unterstützung dafür einzutreten
- für die Wahl einer betrieblichen Vertretung, ensbesondere eines Jugendvertrauensrates, auf der Grundlage eines in der Belegschaft anerkannten klassenkämpferischen Forderungsprogrammes einzutreten.

Im Rahmen ihrer Arbeit innerhalb des ÖGJ betrachten es die kommunistischen Jugendgewerkschafter als ihre Aufgabe

- regelmäßig in gewerkschaftlichen Jugendgruppen mitzuarbeiten, um die aktiven ÖGJ-Mitglieder für den Klassenkampf zu gewinnen
- für die Gewinnung von Mehrheiten in allen Organen der Jugendabteilungen der Gewerkschaften und in der ÖGJ für die Interessen der Arbeiterjugend und für den Klassenkampf zu wirken
- für die Wahl von Kollegen in den Gruppenausschuß und für die Delegation von Kollegen in zentrale Ausschüsse, in die Landeskonferenz, zum Jugendgewerkschaftstag und zum Jugendkongreß auf der Grundlage klarer Aufträge und klassenkämpferischer Vorschläge für die Gewerkschaftspolitik einzutreten.

Im Rahmen ihrer Arbeit in den Jugendgruppen treten die kommunistischen Jugendgewerkschafter für die Verstärkung der Verbindung der Jugendgruppen zu den Gewerkschaftsmitgliedern und insbesondere den Jugendvertrauensräten in den Betrieben ein.
Sie betrachten Erfolge in der Gewinnung der Arbeiterjugend im Betrieb (und in den Berufsschulen) für den Kampf gegen die Kapitalisten als notwendige Voraussetzung jedes Erfolgs in den gewerkschaftlichen Organen gegen die Sozialpartnerschaftspolitik. Und jeden Fortschritt in den gewerkschaftlichen Organen als Verbesserung der Bedingungen für die Durchsetzung der Interessen der Arbeiterklasse, insbesondere der Arbeiterjugend, gegen die Kapitalisten.
Nicht zuletzt sehen sie in dieser Arbeitsweise der engen Verbindung mit der Masse der Mitglieder den einzig wirksamen Schutz gegen die bei einiger Zuspitzung zu erwartende Ausschlußpolitik der bürgerlichen Führung.
Sie berachten die betriebliche Arbeit unter der AJ und die Arbeit innerhalb der Jugendabteilungen als Teil der Arbeit in der Arbeiterklasse und Teil der gesamten Gewerkschaftsarbeit.

4. Der Zweck der Fraktion

Die Bildung einer ÖGJ-Fraktion hat den Zweck, eine einheitliche Anleitung der betrieblichen, gewerkschaftlichen Jugendarbeit und der Arbeit im Rahmen der Jugendabteilungen der Gewerkschaften zu gewährleisten.
Sie soll ein Vorgehen nach einem einheitlichen Plan und die Zusammenfassung und Auswertung der Erfahrungen ermöglichen.

Dieser Plan soll aus dem Gesamtplan für die Tätigkeit der Organisation, insbesondere der Festlegung der Schwerpunkte der gewerkschaftlichen Arbeit, unter Berücksichtigung der besonderen Bedingungen in der AJ und in der ÖGJ erstellt werden.

Im Rahmen der Fraktion sollen nach Bedarf Schulungen über arbeitsrechtliche Fragen, insbesondere Fragen der Berufsausbildung und des Jugendschutzes, durchgeführt werden. Sie sind keine Alternative zu den Gewerkschaftsschulungen, sondern dienen dazu, den Genossen rasch grundlegendes Wissen und eine grundlegende Einschätzung der Gesetzeslage und der wichtigsten Kollektivverträge zu vermitteln.

14.12.1975 A.R.

(Dieser Bericht wurde gemeinsam mit folgenden Klarstellungen und personellen Entscheidungen am 10.2.2976 gebilligt).

EINIGE NOTWENDIGE KLARSTELLUNGEN UND PERSONELLE ENTSCHEIDUNGEN

1. Die ÖGJ-Fraktion ist keine Grundeinheit der Organisation. Die Anleitung des gesamten politischen Auftretens jedes Genossen ist die Aufgabe der Kollektive/Zellen des KB bzw. der Einheiten der Massenorganisationen. Genausowenig hat die Fraktion etwas mit den Jugendverantwortlichen der Einheiten des KB zu tun (soweit sie nicht zufällig selbst aktive Jugendgewerschafter sind). Die Fraktion ist auch keine Jugendorganisation, die je weitreichende politische Aufgaben und eine Erziehungsfunktion hätte. Sie umfaßt auch nicht alle jugendlichen Mitglieder des KB und der

Massenorganisationen. In ihr sollen sich jene Genossen zusammenfinden, die ihre gewerkschaftliche Arbeit (für die Zeit zu schaffen einer der Gründe für die jüngsten organisatorischen Änderungen im KB war) - im Einklang und in Abstimmung mit ihrer Hauptaufgabe in ihrer politischen Grundeinheit - innerhalb der ÖGJ leisten sollen.
Dabei treten dort keine Schwierigkeiten auf, wo etwa eine junge Angestellte (Sektion Industrie/Gewerbe der GPA) in einem unserer Betriebskollektive organisiert und Jugendverantwortliche ist. Es entspricht der Aufgabe des KB-Mitglieds, sich gewerkschaftlich zu organisieren, daß sie in einer PAJ-Gruppe mitarbeitet. Das wird ihrer Jugendverantwortlichkeit keineswegs hinderlich sein, sondern Impulse geben.
Außerdem entspricht ihre Organisation in der zuständigen PAJ-Gruppe vollständig dem Prinzip der Beförderung der gewerkschaftlichen Jugendarbeit im Betrieb.

Schwierigkeiten treten nur dort auf, wo etwa ein jugendlicher Reprofotograph in einem Betriebskollektiv der Metallbranche organisiert ist. Entsprechend dem Prinzip, daß die Arbeit in seinem Betrieb die Grundlage der gewerkschaftlichen Arbeit ist, soll er sich in einer Jugendgruppe der Gewerkschaft Druck & Papier organisieren, wenn er - was zu hoffen ist - im Rahmen seiner Hauptaufgabe (Betriebskollektiv) Zeit für gewerkschaftliche Arbeit hat. Seine Mitarbeit in der ÖGJ-Fraktion wird auch positive Auswirkungen z.B. auf seine Jugendverantwortlichkeit haben.

Ähnliches gilt etwa für ein jugendliches VUV-Mitglied. Jedenfalls sollen sich die Genossen gewerkschaftlich organisieren, wo ihre Interessen als Arbeiter bzw. Angestellte liegen.

2. Die Bildung der Fraktion besteht in der Zusammenfassung der Kommunisten, die aktiv in der ÖGJ arbeiten. Dahinter stehen keine Bestrebungen, eine Anerkennung wie die heutigen 5 offiziellen Gewerkschaftsfraktionen zu erreichen. In diesem Sinn ist der Begriff "Fraktion" auch nicht für die Öffentlichkeit bestimmt.

3. Folgende Genossen sollen in der Fraktion arbeiten:

R.K.jun.(Liesing), I.M. (Kapsch), A.K. (VUV-Gesundheitswesen), J.S. (cttakring), G.F.(Redaktion), St.Sch.(Spitäler), W.M.

4. Die Genossen J.S. und R.K. werden bis auf wieteres mit der Leitung der Fraktion betraut. Sie sollen der Leitung bis zum 17.1. einen vorläufigen Arbeitsplan vorlegen und regelmäßige Berichte verfassen.

BERICHT AN DIE LEITUNG

Über die Vorarbeiten für die Aufnahme der organisierten gewerkschaftlichen Arbeit in der Gewerkschaft der öffentlichen Bediensteten, Sektion Höhere Schulen und Sektion Pflichtschullehrer.

1. Das Auslaufen des Gehaltsabkomens, die Budgetdebatte und die Personalvertretungswahlen haben die Lage der Beamten und Vertragsbediensteten kurzzeitig in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückt. Durch die Verschleppung der Gehaltsverhandlungen und die anhaltenden Debatten über den Staatshaushalt wird ein verstärktes Interesse auch für die nächste Zeit bestehen.

Den Kollegen im öffentlichen Dienst selbst stehen - neben den Folgen der "Sparpolitik" der Regierung - umfassende Rationalisierungsmaßnahmen (vorerst nur schleichender)Persolanabbau und wachsende Arbeitsüberlastung (teilweise, wie etwa bei den Lehrern durch das SCHUG, bereits erfolgt) bevor.
Durch die geplante Neuordnung des Besoldungsschemas soll die Arbeitsplatzbewertung in die Bezahlung der öffentlich Bediensteten eingeführt werden, Veränderungen im Bereich des Dienstrechtes werden Verwaltungsvereinfachungen, aber keineswegs Verbesserungen bringen.

Die 4 Gewerkschaften, zu deren Organisationsbereich die Kollegen im öffentlichen Dienst gehören, und die ein gemeinsames Komitee für die Verhandlungen mit der Regierung bilden, sind uneinig. Diese Uneinigkeit hat ihre Ursache darin, daß die 3 SPÖ-dominierten Gewerkschaften (Eisenbahner, Post, Gemeindebedienstete) derzeit noch zu keinen Abstrichen von der vollen Unterwerfung unter die Erforderuisse der Regierungspolitik gezwungen sind, während die ÖVP-Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten aus parteipolitischen Erwägungen Zugeständnisse an die Interessen der Kollegen macht.

2. Von seiten unserer Organisation ist es derzeit so, daß ein Kollektiv des KB seit längerem in 2 Spitälern arbeitet (Großteil Gemeindebedienstete), daß einige Postler und Eisenbahner im KB organisiert sind, daß einige Sozialhelfer in der VUV und über 15 Lehrer im KB bzw. vor allem in der VUV organisiert sind.

Angesichts der Tatsache, daß die Arbeit in den Spitälern von Genossen gemacht wird, die sowieso alle im selben Kollektiv organisiert sind, und daher im Kollektiv die Gewerkschaftsarbeit abgesprochen werden kann), daß wir personell bei den Postlern und Eisenbahnern noch zu schwach sind, schlage ich vor, die Organisierung der Gewerkschaftsarbeit im öffentlichen Dienst mit dem Aufbau von Fraktionen in den Sektionen Höhere Schulen und Pflichtschullehrer zu beginnen.

Die gewerkschaftliche Arbeit unter den Lehrern sollte von Anfang an klar und eindeutig als Teil der Arbeit unter der gesamten Kollegenschaft im öffentlichen Dienst betrachtet werden, um fehlerhafte Entwicklungen möglichst zu verhindern. Für Fehler besteht dadurch eine vergleichsweise größere Gefahr, daß Lage, Arbeitsbedingungen, Ausbildung und Tätigkeit der Lehrer, insbesondere der AHS-Lehrer, von jenen der Masse der öffentlich

Bediensteten sehr unterschiedlich sind.

Bevor von der Leitung der Beschluß über die Einrichtung der genannten Fraktionene gefaßt wird, müßte daher die klare Ausrichtung der Fraktionsarbeit gewährleistet sein. Um diese zu gewährleisten. sollten von der Leitung Beschlüsse über die "Aufgaben der Gewerkschaftsarbeit u in Bezug auf die öffentlich Bediensteten" und die "Grundlagen der organisierten Gewerkschaftsarbeit in den Sektionen Höhere Schulen und Pflichtschullehrer der Gewerkschaft der Öff.Bediensteten" verabschiedet werden.
Mit der Organisierung der Vorarbeiten für diese Beschlüsse innerhalb der VUV sollte Gen.P.P. von der VUV-Sektion VBW beauftragt werden. Insbesondere alle Genossen im öff.Dienst sollten aufgefordert werden, sich an der Diskussion und Ausarbeitung der Beschlüsse zu beteiligen, wozu sie auch den folgenden Gliederungsvorschlag erhalten sollen:

A. VORSCHLAG FÜR DEN INHALT UND DIE NOTWENDIGEN UNTERSUCHUNGEN FÜR EINE BESCHLUSSMÄSSIGE FESTLEGUNG DER AUFGABEN DER GEWERKSCHAFTSARBEIT IN BEZUG AUF DIE ÖFFENTLICH BEDIENSTETEN

I. WER gehört zu den öffentlich Bediensteten?

Zahlenmäßig die wichtigsten Gruppen, Charakterisierung der Funktion und Tätigkeit der einzelnen Gruppen, Überblick über die durchschnittlichen Gehälter, Arbeitsbedingungen und Rechte (z.B.Urlaub, Pensionsanspruch)

WODURCH gehören sie dazu?

Öffentlich - rechtliche Arbeitsverhältnisse bzw.privatrechtliche Arbeitsverhältnisse zu Bund, Ländern, Gemeindeverbänden, Gemeinden (ausgenommen "Privatwirtschaftsverwaltung" der Gebietskörperschaften)
Auf den Inhalt ihres Arbeitsvertrages finden Gesetze und Verordnungen Anwendung (nicht Kollektivverträge), sie sind vom I.Teil des ArbeitsVG ausgenommen.
Insbesondere sind das folgende Gesetze und Verordnungen:
Dienstpragmatik (Lehrerdienstpragmatik, Landeslehrerdienstgesetz) Gehaltsgesetz und Gehaltsüberleitungsgesetz, Vertragsbedienstetengesetz, Allgemeine Dienstnehmerschutzverordnung, Durchführungsbestimmungen zur Dienstpragmatik-Novelle 1972 (für öff.Bed. gilt das Arbeitszeitgesetz nicht!!)

Für die Durchsetzung ihrer Rechte bzw. ihre Interessenvertretung sind das weiters:
Dienstverfahrensgesetz 1958 und Verordnung 1969 sowie das Personalvertretungsgesetz (für jene Bereiche des öff.Dienstes, die als Betriebe im Sinne des früheren BRG und jetzigen Arb.VG anzusehen sind, gilt der II.Teil des Arb.VG über die Betriebsverfassung - nicht das PVG).

II. Welche Auswirkungen hat die Geltung der Vorschriften des öffentlichen Dienstrechtes auf die Lage der öff.Bediensteten und auf die Bedingungen für den Kampf um ihre Interessen?

Hier sollte durch fundierte Untersuchung und Kritik der geltenden Gesetze und Vorschriften inhaltlich die bisherigen beschränkten Ansichten darüber, das das "besondere Dienstrecht" sei, überwunden werden: In den (mir zugänglichen) Papieren der VUV wurde

dabei immer nur auf die Punkte "Gehorsam", "Amtwverschwiegenheit", "Verhalten" des Abschnitt II. und auf den Abschnitt V "Ahndung von Pflichtverletzungen" der Dienstpragmatik bezug genommen.

Meiner Meinung nach bildet die Rechtlosigkeit der öff.Bediensteten in bezug auf Dienstzeit, Wahl des Urlaubs bzw. ununterbrochene Konsumation des Urlaubs, Wohnsitzregelung, Versetzung, Nebenbeschäftigung sowie ihre Rechtlosigkeit bei der Durhsetzung der Rechte (in Streiti keiten entscheidet die übergeordnete Dienstbehörde!) einen wesentlichen und für die breite Masse der öff. Bediensteten gewichtigen Bestandteil des öff.Dienstrechtes.

Die vielzitierten Privilegien der öff.Bediensteten müßten einmal genau analysiert werden (Pension, Kündigungsschutz). Dabei scheint mi wichtig, auf die Vertragsbediensteten einzugehen, in deren Stellung meiner Meinung nach die Rechtlosigkeit der Beamten in Bezug auf Dienstzeit usw. mit der Rechtlosigkeit der Arbeiter in bezug auf Kündigungsschutz usw. kombiniert ist.

xxxxxx III. xxxxxxx

1. Abspaltung und "Privilegierung" der öff.Bediensteten. Ihre Funktion zur Niederhaltung und Kontrolle des Volkes

xIII. Die "Behandlung" der öff.Bediensteten durch den kapitalistischen Staat und die Interessen der Arbeiterklasse

Das Interesse der Bourgeoisie an der Bindung aller und v.a. bestimmter Teile der Beamten (z.B.Leherer, Exekutive) an den Staat (welche Teile sind inwiefern und inwieweit "Hoheitsträger"?)

Gleichzeitige Unterdrückung und Angriffe auf ihre Lebenshaltung u. Arbeitsbedingungen durch den Staat (müßte auf zusammenfassender Einschätzung des Punkt II. beruhen).

2. Es liegt im Interesse der Arbeiterklasse, wenn die Masse der öff.Bediensteten den Kampf um ihre Interessen führt; das ist die Grundlage für die Überwindung der Spaltung.
Für die Einheit gibt es günstige Bedingungen:

o Die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen großer Teile der öff.Bediensteten bedeutet gleichzeitig eine Verschlechtrung für das Volk (Verkehr, Gesundheitswesen, Ausbildung der Kinder)

o Die überwiegende Mehrheit der öff.Be diensteten unterscheidet sich in ihrer Lebenshaltung, Tätigkeit usw. nicht von der Arbeiterklasse (welche Teile zur Arbeiterklasse gehören bzw. zu ihren allernächsten Verbündeten müßte auf zusammenfassender Einschätzung von Punkt I. beruhen)

Um der im Vergleich zu den anderen Lohnabhängigen besonderen Rechtlosigkeit der öff.Bediensteten zu begegnen, fordert die Arbeiterklasse die Beseitigung des öffentlichen Dienstrechtes.
Um die Bedingungen für den Kampf um ihre Interessen zu verbessern, fordert die Arbeiterklasse genauso wie für die Betriebsräte auch die Beseitigung jeglicher gesetzlicher Knebelung der Personalvertretung.

IV. Die Aufgaben der Kommunisten

1. Gegen die Hetze gegen die öff.Bediensteten

2. Kampf gegen ihre besondere gesetzliche Unterdrückung: die öff.Bediensteten sollen sich im Kampf darüber hinwegsetzen. Wir müssen in der Arbeiterklasse dafür Sympathie und Solidarität schaffen und die entsprechenden Forderungen verankern.

3. Die Kommunisten halten den Kampf der öff.Bediensteten um ihre Interessen für vollkommen berechtigt und arbeiten dafür. Sie streben an, daß um die entscheidenden Forderungen der Lohnabhängigen der gemeinsame gewerkschaftliche Kampf geführt wird.

Besondere Aufgaben der Gewerkschaftsarbeit im Öff.Dienst:

1. Auftreten gegen Standesbewußtsein, Berufsbeamtenethos usw. in den entsprechenden Gewerkschaften selbst.

2. Arbeit für gewerkschaftliche Beschlüsse gegen das besondere Dienstrecht und für den "rücksichtslosen" Kampf um die Interessen.

3. Organisierung und Leitung der Kämpfe an den Dienststellen.

B. VORSCHLÄGE FÜR DEN INHALT DER "GRUNDLAGEN DER FRAKTIONSARBEIT"

Dazu ist notwendig, die Gewerkschaftserfahrung der Genossen aus allen Bereichen des öff.Dienstes heranzuziehen sowie die Selbst-Kritik des Spitalkollektivs).

Es sollte festgehalten werden, daß die Fraktion weder die Sektion bzw.Grundeinheit ersetzt, noch die gesamte Arbeit unter den Berufskollegen umspannt.
Daß in der Fraktion ausgehend von den allgemeinen Festlegungen der Schwerpunkte der gewerkschaftlichen Arbeit die besonderen Schwerpunkte für den öffentlichen Dienst und insbesondere die Lehren abgesprochen werden sollen.

Daß die Fraktion den Zweck hat, die zentrale Anleitung und Organisierung der Arbeit in der Gewerkschaft und an den Dienststellen zu ermöglichen.

Aufgrund der bisherigen Erfahrungen sollten die hauptsächlichen Möglichkeiten und Formen der Gewerkschaftsarbeit festgehalten werden (Dazu ist noch eine Untersuchung des Gewerkschaftslebens und des Statuts notwendig) und die Bedeutung der Personalvertretung.
Ein besonders wichtiger Punkt bei der Arbeitsweise sollte das Verhalten angesichts der Gefahr der Anwendung der Dienstpragmatik und des Statuts der Gewerkschaft sein.
Außerdem sollten sowiet bereits möglich - spezielle Forderungen in bezug auf die Situation der Leh er und die bisherigen Erfahrungen damit festgehalten werden.
Für eine Schulung der Genossen über dienstrechtliche Fragen sollte ein Plan erstellt werden.

(Zum gesamten Punkt B. vgl. die "Grundlagen der Arbeit der ÖGJ-Fraktion" im selben Rundschreiben)

15.12.75
A.R. (gebillitgt v.d.Leitung am 10.1.1976)

NACHBEMERKUNG ZU EINIGEN ANGABEN IN "ZUR KLASENKAMPFSITUATION IN ÖSTERREICH" IM RUNDSCHREIBEN 47

1. Die Schätzungen der Streikzahlen des Jahres 1975 habe ich inzwischen auf der Grundlage eines größeren Datenmaterials noch einmal überprüft. Auf dieser Grundlage müssen die Schätzungen durchwegs nach oben korrigiert werden.

In der Tabelle auf Seite 8 :

Prozentsatz der nicht gewerkschaftlich organisierten Streikstunden: ca.50% (statt 70%)
HZahl der nicht gewerkschaftl.org.Streikstunden : ca.51.000 (statt 47.000)
Zahl der daran beteiligten Lohnabhängigen: ca.5.600 (statt 5.400)

(Jeweils unter Einbeziehung des Engel-Streiks, der in der offiziellen Streikstatistik als anerkannter Streik aufscheinen wird, sowie der Streikversammlungen bei Unilever, Wertheim etc., die in der offiziellen Statistik nicht aufscheinen werden. Die offiziellen Zahlen werden wahrscheinlich lauten: ca.10%, ca.10.000 Stunden, ca. 4.000 Beschäftigte).

In den Tabellen auf Seite 9 unter "Streikstunden und Streikende 1965 - 1974":

Schätzung 1975: Statt 67.500 Stunden können 105.000 Stunden angesetzt werden (bzw. 97.000 "offiziell zur Kenntnis genommene" Stunden).
Statt 10.300 Streikenden können ca. 14.000 (bzw. 13.000 "Offizielle") angesetzt werden:

Auf Seite 16, 4.Absatz sind die Annahmen für 1975 entsprechend zu korrigieren auf 106.000 Stunden und 14.000 Streikende (anstelle 67.000 und 10.000)

2. Die Liste der Streiks des Jahres 1975 auf Seite 16f kann folgendermaßen ergänzt werden:

April 1975 : 4 stündiger Streik der 74 Beschäftigten (großteils Frauen) der "trend-Moden" in Köflach gegen die Kündigung von 25 Arbeiterinnen und die geplante Betriebsstillegung.

Oktober 75 : Protestversammlungen der Angestellten des Versicherungs-Außendienstes zur Durchsetzung des gewerkschaftlichen Forderungspaketes in ganz Ö.

Nov.bzw.Dez: 1975 Protestversammlungen und Kurze Warnstreiks in mehreren großen Verlagshäusern und Druckereinen gegen die provokante Haltung der Kapitalisten bei den KV-Verhandlungen.

Dezember 75: Erfolgreicher Streik der Arbeiter des Heraklitwerks Ferndorf gegen die Kündigung von 2 ausgelernten Lehrlingen und drohenden Personalabbau trotz andauerndem Überstundendruck.

Besetzung der Lehrwerkstätte der "Stahlprodukte Ges.mb.H." i.Pichling durch die 50 Lehrlinge zur Durchsetzung der Auszahlung der Lehrlingsentschädigung.

3. <u>Korrektur von Tippfehlern und Auslassungen:</u>

Auf Seite 17 ist im ersten Satz nach der Streikliste zwei mal das Wort "selbständig" fälschlich durch das Wort "vollständig" ersetzt worden. Die Rede ist natürlich vom "selbständigen Kampf" und von der "selbständigen Bekundung des Kampfwillens".

Auf dieser Seite könnte außerdem durch eine Auslassung der Eindruck entstehen, als ob der Engel/Schwertberg-Streik der letzte derartige betriebliche Streik auf lange Sicht gewesen wäre und nun eine andere Phase eingetreten wäre.
Das entspricht nicht meinen Vorstellungen. Solche Streiks können und werden auch weiterhin auftreten und zwischen den Lohnrunden sogar das Kampfgeschehen bestimmen. Die im ersten Absatz nach der Streikliste festgestellte Verlagerung der Kampftätigkeit beschreibt nur den tatsächlichen Verlauf in diesem Jahr und soll nicht etwa ein Ende der betrieblichen Kämpfe um betriebliche Forderungen ankündigen. Das geht ja auch nicht aus dem 2.Absatz der Seite 18 hervor.

14.1.1976,
G.St.

RUNDSCHREIBEN 49 (ANHANG)

ZUR FRAGE DES KAMPFES UM DEN REALLOHN

1. Zur aktuellen Lage.

Die Ausrichtung, die im"Bericht über die Schwerpunkte der wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Politik in den nächsten Monaten" von A.R. im RS 40 festgelegt wurde, ist für uns weiterhin die Grundlage unserer Politik.

Jedoch haben sich in der Zwischenzeit einige Entwicklungen verstärkt, neu abgezeichnet, die dort natürlich nicht einbezogen werden konnten. Diese Ausrichtung wurde gegeben, bevor die Forderung der Gewerkschaftsführung für die neue Metall-KV-Runde bekannt waren, bevor in dieser eindeutigen Weise die Stoßrichtung der Politik der Metallkapitalisten sichtbar war, bevor bekannt war, wie diese auf die 10%-Forderung der Gewerkschaftsführung, die bereits einen Lohnraub bedeutet, reagieren würden.

Die harte Ablehnung der Forderung, das strikte Beharren auf ihrem 5,5%-Angebot fürs Gewerbe und 6% für die Industrie, auch nach dem Herabgehen des gewerkschaftlichen Verhandlungskomitees auf 7,5% zeigte erst so richtig, woher der Wind jetzt weht. Diese Entwicklung wirft eine Reihe von neuen Fragen auf, die im "Bericht..." noch nicht beantwortet sind und auch nicht sein konnten.

Diese Ausrichtung und unserer "Vorschläge zu den KV-runden" im September-Klassenkampf waren ein positiver Vorschlag für das gewerkschaftliche Forderungspaket an die Metallkapitalisten auf dem Boden des Klassenkampfes. Positiv insofern, als sie auf die Effektive Verteidigung des Reallohnes und die Erhaltung der Einheit und Kraft unter den Bedingungen der immer stärkeren Versuchnder Kapitalisten über eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen ihren Profit zu sichern, gerichtet waren.

Sie beinhalten:
- Schillingforderung, die zumindest auf einen Ausgleich der Verteuerung der effektiven Lebenshalutn in den letzten 14 Monaten (Laufzeit des KV) gerichtet ist
- Kräftige Anhebung der kollektivvertraglichen Mindestlöhne in Richtung Ist-Löhne
- Anhebung der Lehrlingsentschädigung im selben Maße (i.Schill.) wie bei den erwachsenen Kollegen
- Weg mit den "Spezial"lohngruppen für Frauen und Jugendliche
- Sofortige Verankerung des Mindesturlaubs von 4 Wochen
- Festlegungen für Kurzarbeit und Zwangsurlaub in die KV-Verträge
- Weg mit der spalterischen Ausländerklausel
- (und zusätzlich im November-Klassenkampf) entschiedene Verbesserung der Abfertigung.

Mit der Aufstellung der Gewerkschaftsforderung von 10% und als zusätzliches "Forderungspaket" eine Verbesserung der Abfertigung (soweit uns heute bekannt ist), war dieser Vorschlag als positiver Vorschlag für diese Lohnrunde vom Tisch. Nicht vom Tisch ist er allerdings für uns als Orientierungsplan und Linie für die Entwicklung innerbetrieblicher Forderungen und für die innergewerkschaftliche Kritik an der Linie der bürgerlichen Ge-

werkschaftsführung. Mit dem Feststehen der Gewerkschaftsforderung stand fest, daß es keine positive Forderung in dieser Lohnrunde gibt und geben wird, hinter der der Reallohn wirksam verteidigt und ein Sieg dabei errungen werden kann.

---

EINSCHUB:

Schätzung der monatlichen Nettoerhöhung bei den derzeit auf der Tagesordnung stehenden Prozentsätzen :

| | Schill. | 10% | 7,5% | 5,5% |
|---|---|---|---|---|
| Bei Stundenlöhnen von | 30.-(Frauen) | 432.- | 324.- | 238.- |
| | 40.- | 540.- | 405.- | 297.- |
| | 50.-(qualif. Facharbeiter) | 630.- | 473.- | 346.- |

Die Beträge sind auf der Grundlage : ist verheiratet/ohne Kinder, ermittelt - und sollen für den Zeitraum von abgelaufenen 14 Monaten gelten.

## 2. Die Politik der Kapitalisten

Die Kapitalisten erwarten sich für die nächste Zeit keine Besserung der wirtschaftlichen Lage und sie Bereiten sich auf eine Verschärfung des Klassenkampfes und auf einen möglichen Aufschwung der selbständigen Arbeiterkämpfe vor. Für sie geht es darum, sich die Profite zu sichern um so ihren Ausweg aus der Krise zu finden. Doch dies ist für sie unter den bestehenden Bedingungen der allseitigen, umfassenden Krise des Kapitalismus nur auf Kosten der Arbeiterklasse möglich. Lohnraub und Verstärkte Ausbeutung der Arbeiter sind ihre Alternative.

Und hier geht es für die Kapitalisten daru, schon jetzt vorzusorgen, daß ihr da möglichst die Arbeiterklasse keinen Strich durch die Rechnung machen kann. Nur von daher ist die harte, kompromißlose Haltung der Kapitalistenvertreter bei den Verhandlungen zu den KV-Verträgen im Verlauf des letzten halben Jahres zu erklären. In ihren internen Ausrichtungen, aber auch in öffentlichen Erklärungen von Kapitalistenvertretern (Dittrich, Mussil...) wurde immer deutlicher ausgesprochen, daß die Unternehmer heute nicht nachgeben dürften, auch nicht wenn dadurch die "Gefahr" eines Streiks entstünde.

Am weitesten gingen die niederösterreichischen Bauunternehmer, die anläßlich der letzten Bau-arbeiter-Verhandlungen bereits konkrete Pläne, wie sie auf einen Streik reagieren würden, ausgearbeitet und verbreitet hatten. Die vorgeschlagenen Maßnahmen umfaßten neben direkter Einschüchterung durch Vorgesetzte (Polier), fristlose Entlassung von Streikenden, Kündigung von Betriebsräten, die den Streik unterstützen, Abmeldung von der Krankenkasse auch die Überlegung, direkt mit den Sicherheitsbehörden gegen die Streikenden zusammen zu arbeiten. (siehe "Arbeit und Wirtschaft" Nr.7/8 1975)

War diese Linie beim Abschluß der Bauarbeiter, danach Textilarbeiter und schließlich Handelsangestellten schon deutlich hervorgetreten, so scheinen die Kapitalisten bei den Metall-

arbeitern einen beispielhaften Fall schaffen zu wollen, wie sie beabsichtigen das Lebensniveau zu drücken. Für sie ist es wichtig, gerade bei den Metallarbeitern, die der kampfstärkste Teil der Arbeiterklasse sind, ihre Politik voll durchzusetzen. Und da spielt es keine Rolle, daß da die Gewerkschaftsführung bereits von Haus aus mit einer Forderung in die Verhandlungen gegangen ist, die einen Lohnraub bedeutet, da spielte es für sie keine Rolle, daß das Verhandlungskomitee innerhalb kürzester Zeit auf die 7,5%-Forderung herabgegangen ist.

Den Kapitalisten geht es daru, hier ein Exempel zu statuieren. Damit soll, noch bevor er sich weiter entfalten kann, dem selbständigen Kampfwillen unter den Arbeitern die Spitze genommen werden. Dieser Schlag richtet sich gleichermaßen gegen die Lebensbedingungen der Metallarbeiter, als auch v.a. gegen den Aufschwung der Rebbellion in den Betrieben, als auch gegen die Gewerkschaft selbst. Ein Abschluß bei dem die Vertreter der Gewerkschaft ungeachtet ihres kompromißlerischen Vorgehens, von den Kapitalistenvertretern so heruntergedrückt werden, ein Abschluß, bei dem dieser Lohnraub durch die Gewerkschaftsvertreter hingenommen wird, kann in keiner Weise das Vertrauen der Arbeiter in die Kraft ihrer Klassenvertretung stärken; sondern eher zu einer Schwächung des Vertrauens, zu einer Resignation führen. Nach dem Willen der Kapitalisten soll die Gewerkschaft geschwächt aus dieser Lohnrunde hervorgehen.

## 3. Wie geht es weiter?

In der Lohnrunde, die natürlich noch nicht "gelaufen" ist, kann es jetzt nur noch darum gehen, den von der Gewerkschaftsführung aufgezwungenen Rückzug möglichst einheitlich und mit möglichst geringem Kräfteverlust auf einer möglichst weit vorgeschobenen Rückzugslinie zu stoppen.

Die jetzt betrieblich aufgestellten Beschlüsse haben v.a. den Charakter eines scharfen Protestes gegen die Vorgangsweise der Kapitalisten, dann aber auch des Protestes gegen die Verhandlungsführung durch die Gewerkschaftsführung und sind auf die Festlegung einer möglichst weit vorgeschobenen Rückzugslinie gerichtet. Sie haben nicht den Charakter einer positiven Forderung, hinter der die effektive Verteidigung des Reallohns möglich wäre. Darüber machen sich die Arbeiter in den Betrieben keine Illusionen und wir dürfen auch solche nicht fördern.
Es wäre z.B. völlig falsch, plötzlich so zu tun, als ob jetzt doch nicht unser Vorschlag, sondern halt die jetzt gerade aufrechte Forderung, eine solche positive Forderung sein könnte. Falsch und schädlich wäre es allerdings auch zu glauben, heute die Gewerkschaftsführung noch zu einer Rückkehr zur Ausgangsforderung von 10% bewegen zu können, bzw. eine einheitliche Abwehrfront der Arbeiter an d einer Rückzugslinie von 10% organisieren zu können. Diese Lage wurde aber der Arbeiterklasse von den Kapitalisten und auch durch die klassenverräterische Politik der Gewerkschaftsführung aufgezwungen. Daher ist es ganz richtig, den Willen der Arbeiter zu stärken, ein weiteres Zurückgehen und Zurückweichen nicht zuzulassen. Wobei es natürlich nur mehr um die stehende Forderung gehen kann. Deshalb geben wir auch nicht die Losung aus: Für die vollen 10%,... oder dergleichen, was unrealistisch wäre und nur zur Verstärkung der Spaltung und Verheizung der kampfentschlossenen Teile der Arbeiterklasse führen könnte.

Die Losung, die wir jetzt ausgeben, muß sein: "Jetzt ist es genug! Keinen Groschen mehr unter die stehenden Forderungen ghen!" Und dafür müssen auch Protest- und Kampfschritte propagiert und organisiert werden.

Dabei müssen wir vor allem Klarheit schaffen, wie die Taktik der Kapitalisten und der Gewerkschaftsführung ist, und welche Situation dadurch geschaffen wurde. Damit können wir die Bedingungen dafür verbessern, daß es imm Falle gewerkschaftlich organisierter oder auch selbständiger Auseinandersetzungen, nicht zu einem Kampf faktisch um "Nichts" kommt. Das Beste in der gegenwärtigen Situation wäre eine geschlossene Abwehrfront, in der sich die Arbeiter die Kraft und die Einheit erhalten und den Plan der Kapitalisten durchkreuzen, den Arbeitern eine schwere Niederlage aufzuzwingen, und so einem Aufschwung der Arbeiterkämpfe von vornherein das Rückgrat zu brechen.

Davon wird auch viel abhängen, wie es in den einzelnen Betrieben nach Abschluß der Lohnrunde möglich sein wird, Vorstöße in der Lohnfrage, usw. durchzuführen. Dabei werden die, im Zuge der Lohnrunde aufgestellten Forderungen und Beschlüsse von größter Bedeutung sein. Da ist dann schon eine gewisse Einheit geschaffen, das können Betriebsräte beim Wort genommen werden und entsprechende betriebliche Forderungen aus den Beschlüssen entwickelt werden. Auch darauf müssen wir jetzt schon hinarbeiten, und nach der Lohnrunde genau die Verhältnisse auf das hin überprüfen.

P.R.